



Einzelpreis 25 Goldpfennig.

Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 14
5. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Lühow 3240. — Bezugspreise monatlich: 30 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postkontanto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O., Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

1. September
1924

Professor Dr. Ruppersberg zum 70. Geburtstag.

Vor wenigen Wochen ist die „Geschichte des Saargebiets“ in neu bearbeiteter, verkürzter Ausgabe der Öffentlichkeit übergeben worden. Es wird vielen, sehr vielen wie mir ergangen sein: als sie den recht ansehnlichen Band aufschlugen, durchblätterten, kamen sie nicht mehr von ihm frei. Die „Geschichte des Saargebiets“ — wer kennt sie besser, wer könnte sie besser lebendiger, wahrer und lüdenloser schreiben als Professor Dr. Albert Ruppersberg. Wir wissen, daß der Franzose jetzt erneut wie schon seit Jahrhunderten seine raubgierigen Finger nach unserem schönen Saarland ausstreckt, wissen, wie seine Habgier sich auf die Bodenschätze, auf den Industriereichtum und auf die Arbeitskraft des Landes und seiner Bevölkerung richtete. Wir wissen schließlich, wie eine geldlich reichlich ausgestattete französische Propaganda sich bemüht, nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen des Saarlandes mit dem deutschen Vaterlande zu zerreißen, sondern auch die geschichtlichen Zusammenhänge zu fälschen und alle Welt über die Vorgänge und Zustände an der Saar zu betrügen. 15 Jahre solcher Minierarbeit ist immerhin eine Zeit, in der mit solchen Mitteln des Betruges und des Geldes mancher Schaden angerichtet werden kann, besonders dann, wenn solche Bestrebungen weitgehende Unterstützung durch die Saarregierung finden. Deshalb ist der Gedanke und der Wunsch wärmstens zu begrüßen, den im Jahre 1921 der Kreisausschuß Saarbrücken faßte, die Geschichte des Saargebiets in verkürzter Ausgabe herauszugeben, damit sie weite Verbreitung in der Bevölkerung des Landes finde.

Professor Dr. Ruppersberg hat sich dieser Aufgabe gern und mit beneidenswertem Geschick unterzogen. Mit der Lebendigkeit begeisterungsfroher Jugend, mit der Wärme heimatsfrohen Herzens, mit der Gewissenhaftigkeit des deutschen Forschers und Gelehrten ist das Werk entstanden, das jedem französischen Fälschungsansatz standhält und das reine Deutschtum eines Gebiets beweist, das Poincaré, Clemenceau und ihre Helfershelfer schon lange vor dem Kriege geheimvertragslich sicherten.

Das Werk der Geschichte des Saargebiets aber schrieb ein Siebzigerjähriger! Ein Siebzigerjähriger mit dem Herzen eines Siebzehnjährigen! In diesen Tagen beging Professor Dr. Ruppersberg seinen siebzigsten Geburtstag. Es war ein Festtag für das ganze Saargebiet, dem er so viel gegeben, mehr als die meisten ahnen, für ihn aber ein Ehrentag. An seinem 70. Geburtstag hat Professor Ruppersberg erfahren dürfen, daß seine heimatsgeschichtlichen Forschungen, seine Tätigkeit als Lehrer und Literat, als Kulturförderer und Kommunalpolitiker, als Kämpfer für Heimat und Deutschtum in der ganzen Saarheimat und darüber hinaus die Anerkennung und Würdigung erfuhren, die sie verdienen. Saarbrücken und das Saargebiet ist stolz darauf, daß sie einen Ruppersberg haben, der ihnen die Heimat in ihrer geschichtlich bedeutsamen und wechselreichen Vergangenheit so nahe gebracht hat, der ihnen einen Heimatgeschichte gab, wie sie kaum ein zweites Gebiet in dieser Lüdenlosigkeit aufzuweisen hat. Er hat sich ein Ehren- und Denkmal gesetzt, das Geschlechter überdauert. Diesem Siebzigerjährigen, dem deutschen Heimatfreund an der Saar, gilt darum unser herzlichster Gruß und Glückwunsch; möge es ihm vergönnt sein, einen ruhigen Lebensabend zu genießen und einen Blick zu tun in eine neue verheißungsvolle deutsche Zukunft des Saargebiets. Dazu helfe ihm und uns Gott!

Wir lassen hier eine Würdigung seines Lebensganges und Lebenswerkes folgen, wie wir es in der Saarbrücker Zeitung so treffend dargestellt finden:

In einer Zeit, in der wir langsam wieder lernen, die Bedeutung der Persönlichkeit für die Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft zu werten und zu schätzen, fällt der 70. Geburtstag eines Mannes, dessen schöpferisches und fruchtbares Wirken aufs engste mit der Stadt Saarbrücken und dem ganzen Saargebiet verknüpft ist. Am 18. August konnte Prof. Dr. h. c. Ruppersberg das siebente Dezennium seines arbeitsreichen Lebens vollenden und damit zugleich auf eine Tätigkeit zurückblicken, die ihm in der Geschichte der deutschen Westmark für immer einen bleibenden und ehrenden Platz sichern wird. Wenn jedoch etwas diesem Tag noch besonderes Gepräge gibt, so ist es der Umstand, daß nicht nur der Historiker und Forscher an ihm verdiente Ehrung erfahren wird, sondern nicht weniger der liebenswürdige, geschätzte und verehrte Mitbürger, der an jeder städtischen Entwicklung noch heute regen und innigen Anteil nimmt. Wie er als Wissenschaftler alle die Aufgaben, vor die er sich aus innerem Antrieb in langen Jahrzehnten immer wieder gestellt sah, einer ebenso erfolgreichen wie glücklichen Lösung entgegenführte, so half er auch als Bürger und Mensch seiner zweiten Heimat in Freud und Leid des Werdens und war stets dort mit Rat und Tat zur Stelle, wo hilfsbereite Bürgertugend ihre wahre Stätte findet.

Geboren 1854 als jüngster Sohn des Apothekers und Medizinalassessors Ruppersberg in Marburg an der Lahn, entstammt er einer altangesehenen kurhessischen Familie, deren Vorfahren schon zur Zeit des 30jährigen Krieges in der Nähe von Marburg als Pfarrer ansässig waren. Nach Besuch des Gymnasiums studierte Albert Ruppersberg in Marburg und Halle alte Sprachen, Geschichte und Erdkunde, legte 1878 in Marburg die Prüfung für das höhere Lehramt ab und erhielt nach kurzer Tätigkeit in Kreuznach am 1. Oktober 1879 seine Anstellung als wissenschaftlicher Hilfslehrer am Gymnasium zu Saarbrücken. Von Ostern 1882 bis 1886 als ordentlicher Lehrer am Gymnasium zu Duisburg, wurde er Ostern 1888 wieder an das Gymnasium zu Saarbrücken versetzt, an dem er seitdem ohne Unterbrechung bis zum Jahre 1920 tätig war. Mit aufrichtiger Verehrung erinnern sich alle, die in diesem vierzigjährigen Zeitraum seinen Unterricht genossen haben, ihres alten Lehrers.

Neben seiner Lehrtätigkeit an der Schule versuchte sich Ruppersberg schon früh als Schriftsteller in einer Reihe kleinerer Abhandlungen und Aufsätze aus dem Gebiete des klassischen Altertums. Der in den achtziger Jahren durch Professor Krohn und Bürgermeister Riefer gegründete Historische Verein für die Saargegend fand in Ruppersberg ein eifriges Mitglied und bald einen hervorragenden Mitarbeiter. Angeregt durch diese Arbeiten, wandte Ruppersberg nunmehr sein Interesse der Geschichte seiner neuen Heimat, Saarbrücken, zu und fand in der Erforschung und Darstellung dieser Geschichte mehr und mehr seine Lebensaufgabe. Zur 25jährigen Gedächtnisfeier der Schlacht bei Spichern verfaßte Ruppersberg die „Saarbrücker Kriechschonit“, die in lebendiger Weise die örtlichen Geschehnisse einer großen und ruhmvollen Zeit schildert und nicht nur im Saarbrücker Land, sondern in allen Gauen des Vaterlandes schnelle und weiteste Verbreitung fand.

Gerade in diesem Wert hat Ruppertsberg Saarbrücker Bürger-treue, Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit ein bleibendes Denk-mal gesetzt, dessen Namen auch die jetzigen Schicksale des Saar-brücker Landes überdauern werden. In den Jahren 1899 bis 1903 schrieb er die vierbändige „Geschichte der ehemaligen Grafschaft Saarbrücken und der Stadt Saarbrücken“, in der zum ersten Male in umfassender Darstellung ein Bild der historischen Entwicklung der Saarbrücker Lande gegeben wurde. Zwar bestanden bereits ältere Werke über den gleichen Gegenstand von Köllner, die Ruppertsberg auch als Quellen mitbenutzte; sein ureigenstes Ver-dienst ist es jedoch, die Lücken der alten Schriften gefüllt, ihre An-gaben geprüft und ergänzt sowie die Gesamtdarstellung in um-fangreicher Form von der rein erzählenden Grundlage auf ein stichfestes wissenschaftliches Fundament gestellt zu haben. Die Be-deutung dieser Ruppertsbergischen Arbeiten sowie der späteren histo-rischen Untersuchungen über die Geschichte des Saarlandes ist be-sonders in den letzten Jahren in ihrem ganzen Umfange in die Erscheinung getreten, da sie in erster Linie das wissenschaftliche Rüstzeug für den Kampf um die Deutscherhaltung des Saar-gebietes geliefert haben. Nicht nur der Politiker und die treue Be-völkerung, auch der Wissenschaftler hat an dem sicheren End-erfolg dieses Kampfes somit ein leuchtendes Verdienst, da gerade an den von ihm erforschten Wahrheiten und an seinen Beweis-führungen ungerechte Ansprüche immerfort zerschellen müssen.

1904 folgte seine „Geschichte des Gymnasiums zu Saarbrücken“ als Festschrift zum 200jährigen Bestehen dieser Anstalt. Seither erschienen aus seiner Feder noch eine Reihe kleinerer lokalgeschicht-licher Werke und endlich im Anfang dieses Jahres eine zusammen-fassende „Geschichte des Saargebietes“.

Eine treffende Würdigung der Lebensarbeit Prof. Rupperts-bergs gibt die ihm im Jahre 1922 überreichte Ehrenurkunde der Universität zu Bonn, in welcher ihm,

„dem verdienten Schulmanne, Forscher und Geschichtsschreiber des Saarbrücker Landes, der mehr als ein Menschenalter in Wort und Schrift Schülern und Lesern die Kenntnis der Ver-gangenheit ihrer Heimat vermittelt hat, dem Organisator der geschichtlichen Studien im ganzen Saargebiet die Würde und die Rechte eines Ehrendoktors der Philosophie“

verliehen wurde.

Bei Ausbruch des Weltkrieges hielt es der Sechzigjährige für seine selbstverständliche Pflicht, sofort zu den Fahnen zu eilen. Als Brigadeadjutant nahm er an den schwierigen Vorkessenkämpfen der ersten Kriegsmomente teil und geriet auf vorgeschobenem Posten in französische Kriegsgefangenschaft. Drei Jahre lang mußte er dieses bittere Los tragen, bis er Ende 1917 nach der Schweiz aus-getauscht wurde und bald darauf in die Heimat zurückkehren durfte. Doch nur wenige Wochen war es ihm vergönnt, sich der Heimkehr zu freuen, ein Unglücksfall riß die treueste Lebensgefährtin jäh von seiner Seite. Diesen Schmerz zu tragen half ihm rastlose Arbeit an der erkannten Lebensaufgabe, der er sich seit dem Uebertritt in den Ruhestand im Jahre 1920 mit ungeminderter Kraft widmet.

Jetzt, an seinem 70. Geburtstag, hatte Professor Ruppertsberg, umgeben von seinen beiden Söhnen und fünf Töchtern, die Freude, sein sechzehntes Enkelkind aus der Taufe zu heben. Möge dem verdienstvollen Mitbürger, dem wir an dieser Stelle die herz-lichsten Glückwünsche zu seinem Ehrentag entbieten, noch viele Jahre erfolgreichen Wirkens beschieden sein, was nicht nur ihm zur inneren Befriedigung, sondern auch der Stadt Saarbrücken und dem Saargebiet sicherlich fernerhin zum Segen gereichen dürfte.

Herrn Professor Dr. h. c. Ruppertsberg wurde an seinem 70. Geburtstag durch den Herrn Ersten Beigeordneten Hohohm, als stellvertretendem Bürgermeister der Stadt Saarbrücken, eine künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunde überreicht. Die Ur-kunde hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Professor! Zur Vollendung Ihres 70. Lebensjahres spreche ich Ihnen namens der Stadt Saar-brücken die herzlichsten Glückwünsche aus. Mit diesen Wünschen verbinde ich den Ausdruck des Dankes für die großen Dienste, die Sie in 15jähriger Tätigkeit der Stadt als Stadtverordneter geleistet, und die Sie durch die Erforschung und Schilderung ihrer Geschichte in jahrzehntelanger wissenschaftlicher Arbeit noch vermehrt haben. Sie haben Ihren Namen auf das engste mit dem der Stadt Saarbrücken verknüpft. — Mögen Sie in dem Bewußtsein, daß Sie als Lehrer unserer studierenden Jugend, als Bürger und als Gelehrter treu und erfolgreich über Ihre Pflicht hinaus gewirkt haben, einen noch langen und frohen Lebensabend in Gesundheit genießen! Das ist der Wunsch Ihres ergebensten Bürgermeisters der Stadt Saarbrücken: Dr. Reises.“

Vom Bund „Saar-Berein“ Berlin ging dem Jubilar fol-gendes Glückwunschtelegramm zu:

Professor Ruppertsberg, Saarbrücken.

Dem hochverdienten Geschichtsschreiber unserer lieben Saar-heimat und dem verdienstvollen Bürger der Stadt Saarbrücken zum Ehrentage herzlichsten Glückauf. Bund „Saar-Berein“, Andres-Vogel.

Vergessen?

Als einzige der deutschen Saarzeitungen erinnert die „Saar- und Blieszeitung“ an die Tage vor vier Jahren, als die Re-gierungscommission des Saargebiets als „Hüterin“ des Rechts und der Wohlfahrt der Bevölkerung den Kampf der saarlän-dischen Beamtenschaft um ihre verbrieften Rechte dazu benutzte, um das Saargebiet von all den Personen zu befreien, die bei ihrer Französisierungspolitik hinderlich waren. Nur zu schnell hat man inner- und außerhalb des Saargebiets vergessen, daß die Saarregierung damals die vertragswidrig an der Saar be-findliche französische Besetzung dazu benutzte, um Menschenjagden auf die Beamtenschaft und andere Bewohner des Saargebiets zu machen, um Hunderte von Ausweisungen zu vollziehen, um in die Wohnungen der Verfolgten einzudringen, dort wie die Ban-dalen zu hausen, die zurückgebliebenen Frauen zu belästigen und zu ängstigen. Es ist anscheinend längst vergessen, daß damals viele der Verfolgten nicht nur ihre Heimat, ihre Unterkunft, nein, auch ihre Existenz verloren, und zwar im Kampf um die Rechte des Saargebiets. Vielleicht ist es gut, daran einmal wieder zu erinnern, zu erinnern daran, daß ein großer Teil derjenigen, die bis heutigen Tages eine Rückkehr- bzw. Aufent-haltserlaubnis nicht erhielten, nur deshalb nicht zurückkehren durften, weil ihr Kampf um die Rechte des Saargebiets, ihr Kampf gegen die fortgesetzten Uebergriffe der Saarregierung dieser unangenehm, unbequem und gefährlich schien, weil da-runter die Französisierungsbemühungen gewisser Kreise litten. Damals war dieser Kampf noch weniger harmlos wie heute. Das sollte aber keinem Veranlassung sein, den damaligen Kampf um das Deutschtum an der Saar hoch einzuschätzen, das sollte vor allem nicht Veranlassung geben, wie es von einigen Personen und Kreisen versucht wird, diesen Leuten, Märtyrern ihres Deutschtumskampfes, das Recht streitig zu machen, diesen Kampf fortzusetzen. Das haben diese Männer nicht verdient. Fragt die Ruhr- und Rheinkämpfer, was es heißt, die Heimat zu verlieren und eine neue Existenz zu gründen! Für die Ruhrkämpfer hatte man Verständnis, Anerkennung und auch Fürsorge! Was aber ist für die ausgewiesenen, vertriebenen Saarkämpfer geschehen? Nichts, bis heutigen Tages nichts, weder im Saargebiet, noch im unbefestigten Deutschland! Das mögen die Nörgler und jene sich vor Augen halten, die gar zu leicht die Tage und die Opfer von vor vier Jahren vergessen!

Die „Saar- und Blieszeitung“ aber gedenkt ihrer mit fol-genden Zeilen:

„Vier Jahre sind verflossen über die heißen Kämpfe der Beamten des Saargebiets um ihre Freiheit und ihre Rechte. Nicht einmal die unzureichende Besoldung, sondern lediglich die Wahrung altverbriefter Rechte gab die Veranlassung zu un-gewollten härteren Auseinandersetzungen zwischen Beamten-schaft und Regierung. Dem unausbleiblichen Beamtenstreit folgte alsbald der verhängnisvolle Belagerungszustand. Mit welcher Schärfe nun die Militärmacht gegen alle Schichten der Saar-bevölkerung vorging, das haben sicher auch diejenigen nicht ver-gessen, die Zuschauer so mancher gewalttätigen Wegführung der Vorkämpfer für Recht und Freiheit im Saargebiet waren. Ein unvergeßlicher Tag bleibt der 11. August 1920. In den frühesten Morgenstunden durchstreiften Patrouillen viele Orte des Saar-gebiets, um festzunehmen und wegzuführen die vielen für die Ausweisung bestimmten ehrbaren Bürger, Staats- und Kom-munalbeamten, Geistliche, Geschäfts- und Privatleute. Zwei Lastautos, begleitet von Marockanern, brachten die in Keun-firchen und Wiebelskirchen festgenommenen Beamten und Bür-ger unter den Augen entsetzter Zuschauer durch das Sulzbach-tal, wo Bürgermeister und Schuldirektor noch aufsteigen mußten. Von Saarbrücken ging die Autofahrt nach der Stadt Zweibrücken, woselbst in einem dunklen, dumpfen, kellerartigen Raume die Heimatlosen qualvolle Nachtfunden verbringen mußten. An der Germersheimer Rheinbrücke durften die Ausgewiesenen wieder aufatmen, hinüber ins Exil, ohne bestimmtes Reiseziel, ohne Reisegepäck und ohne Reisegeld, so lautete die Parole. Die Aus-weisungen wurden fortgesetzt, selbst noch nach der Aufhebung des Belagerungszustandes. Wochen und Monate vergingen, bis der eine oder der andere Vertriebene „Enade“ gefunden und nach der Saarheimat in sein Amt oder in sein Geschäft wiederkehren durfte. Aber leider sind manche, die dem Gemeinwohl nützlich waren und selbstlos kämpften für Freiheit und Recht der ge-samten Saarbevölkerung, nicht wiedergekommen. Schmerzliche Erinnerungen bringt immer wieder der 11. August, besonders dem ausgewiesenen geborenen Saarländer, der sich an die Tren-nung von der lieben Heimat nur sehr schwer gewöhnen kann.“

Das treudeutsche Saargebiet in der deutschen Öffentlichkeit.

Von Theodor Vogel, Berlin.

Inner- und außerhalb des Saargebiets werden neuerdings wieder Stimmen laut, welche sich über die mangelhafte Beachtung der Vorgänge im Saargebiet durch die deutsche Öffentlichkeit beschweren. Es darf wohl daran erinnert werden, daß es schon während der Vorfriedensverhandlungen eine private Organisation gewesen ist, die unter dem Namen „Saargebietschutz“ sich in den Dienst der vaterländischen Sache gestellt hat, um im In- und Auslande durch eine sehr geschickte sachliche Propagandatätigkeit und Aufklärungsarbeit den deutschen Charakter von Land und Leuten an der Saar in einwandfreier Weise zu betonen. In zahlreichen Druckschriften, in der Presse, in Vorträgen und bei großen Volkstundgebungen wurde auf das furchtbare Unrecht hingewiesen, das dem Saargebiet durch eine Annexion oder eine Abtrennung widerfahren würde. Auf Grund der geschichtlichen Tatsachen wurde immer wieder der Beweis erbracht, daß das Saargebiet schon vor 1000 Jahren unter den Grafen und Fürsten von Nassau-Saarbrücken kerndeutsches Land gewesen ist; es wurde daran erinnert, unter welchen Kämpfen die Saarbevölkerung vor 100 Jahren, als das Land nach der französischen Revolution ein Opfer französischer Raubpolitik geworden war, unaufhörlich bemüht gewesen ist, sich von der französischen Fremdherrschaft freizumachen, bis nach dem zweiten Pariser Frieden die Wiedervereinigung mit dem Mutterlande Preußen und Deutschland erreicht wurde. Die historische Tatsache, daß vor 100 Jahren die Saarbevölkerung die Vereinigung mit Preußen ausdrücklich erstrebt hat, ist und bleibt ein Ehrenblatt in der Geschichte des Saarbrücker Landes. Schon wenige Wochen nach der Besetzung durch die Franzosen im November 1918 schrieben die französischen Zeitungen auf Grund der schon bis dahin gemachten Erfahrungen: „Diese Sarrois-Preussiens (Saar-Preußen) sind viel preussischer als die Preußen in Berlin.“

Lange bevor der Kampf im Ruhrgebiet ausgebrochen war, hat der „Saar-Verein“ dahin gewirkt, daß bei allen Rundgebungen, die sich mit dem vergewaltigten Westen des Vaterlandes beschäftigen, in Versammlungen, bei Aufrufen, bei Sammlungen, in der Presse, in Volkstretungen die Saar ausdrücklich mitbenannt werde. Der „Saar-Verein“ hat immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich hier um ein Imponderabile handle, das nur oft unterschätzt werde. An der Saar kämpft seit mehr als vier Jahren ein geknechtetes Volk für sein Deutschtum und seine Freiheit mit Bekennermut und Zähigkeit. Die Kämpfer an der Saar wollen deshalb aber auch genannt sein, sie wollen es hören und sehen, daß man ihre vorbildliche Treue kennt und nicht geringer schätzt als die Treue der Deutschen an Rhein und Ruhr.

Die Saarfrage hat eine besondere Regelung erfahren, die sich heraushebt aus der Regelung, die das übrige Rheinland erfahren hat. Die deutsche Haltung der Bevölkerung an der Saar, die allen Gefahren, Leiden und Versuchen der Fremdherrschaft zum Trotz offen zutage tritt, ist einer der wenigen wirklich wichtigen Aktivposten unserer Politik: sie zu erhalten und pflegen ist vaterländische Pflicht, und dazu kann die ausdrückliche Erwähnung der Saar bei allen Rundgebungen mitwirken. „Rhein, Ruhr und Saar“ ist ein guter Dreiklang, der kurz und treffend drei bezeichnende Stufen zum Ausdruck bringt, in denen sich bisher französisches Gelfüsten nach deutschem Land, deutschen Bodenschätzen und deutscher Arbeitskraft kundgegeben hat.

Unermüdlich und unentwegt hat der „Saar-Verein“ seine Tätigkeit fortgesetzt, stets darauf bedacht, daß seiner Organisation unter allen Umständen der private Charakter und die Selbstständigkeit erhalten bleibe. Sein Augenmerk war stets darauf gerichtet, diese Tätigkeit von Männern wahrnehmen zu lassen, die als geborene Saarländer oder durch ihre lange Tätigkeit im Saargebiet Land und Leute kennen und die mit den Verhältnissen bescheid wissen. Immer und immer wieder weist der „Saar-Verein“ mit Recht darauf hin, daß seine Organisation den bisherigen Charakter und die Selbstständigkeit behalten muß, schon aus dem einfachen Grunde, weil die Bestimmungen des Friedensdiktats von Versailles es als unbedingt notwendig erheischen, daß für das Saargebiet in unserem deutschen Vaterlande diese besondere Organisation bestehen bleiben muß, weil nur so die Überzeugung der Saarbevölkerung gefestigt werden kann, daß das deutsche Saarvolk im nicht besetzten deutschen Vaterlande nie und nimmer vergessen wird. Gelegentlich der dritten Tagung des Bundes „Saar-Verein“ in Karlsruhe im Juli 1923 ist mit Recht angeregt worden, durch rückhaltlose Offenlegung der Ziele des Vereins der Saarregierungscommission jeden Anlaß zu verdächtigenden Behauptungen zu nehmen und in weitestgehendem Maße für Aufklärung darüber zu sorgen, daß die Unterstellung, der „Saar-Verein“ sei eine „Geheimorganisation“, jeder Grund-

lage entbehre. Die gesamte Saarpresse berichtet seit Jahr und Tag in freimütiger Weise über diese Tätigkeit, und auch in dem soeben in Saarbrücken erschienenen Saarkalender für das Jahr 1924 (Verlag Gebr. Hofer, A.-G.) wird die Tätigkeit des Vereins offen besprochen.

Im Saargebiet selbst und in den chauvinistischen Blättern Frankreichs ging und geht man heute noch mit Ammenmärchen von nationalistischen Geheimverbänden und ähnlichem Schwindel hantieren. Was daran ist, hat wohl die durch die Regierungskommission anbefohlene Untersuchung des Generalstaatsanwalts in Saarlouis ans Licht gebracht. Alle Welt verlangt hier eine Gerichtsverhandlung, die über die Tätigkeit der Saarländer im Reiche durch Zeugenaussagen Klarheit bringen wird. Das alberne Gewäsch von „Putschversuchen“ wird vor dem Richter mit einem glänzenden Sieg des Volkes und der Saarländer jenseits des Rheins enden. Die Spitzen des Deutschen Reiches und der Landesregierungen, überzeugt von dem ehrlichen und geschicklich zulässigen Kampf der Saarländer im Reiche, sandten zu der Karlsruher Tagung Begrüßungstelegramme.

Jede ehrliche und anständige Regierung hätte aufrichtig erklärt: Die und die Beweise haben wir in Händen, aus denen sich ergibt, daß hier tatsächlich Geheimbündelei vorliegt. Oder sie hätte erklärt: Wir haben uns geirrt, unsere Verdachtsgründe haben sich nicht bestätigt. Doch die Saar-Regierungskommission erklärte weder das eine noch das andere; sie setzt ihre Verdächtigungen fort, nimmt erfolglos Hausdurchsuchungen vor bei Leuten, die in dem Verdacht stehen, mit dem „Saar-Verein“ in Verbindung zu stehen. Was ihr an dem „Saarverein“ nicht paßt, das hat sie in einer Verordnung vom 3. Oktober v. J. bewiesen, mit der sie die Verbreitung der Zeitschrift des „Saar-Vereins“, den „Saar-Freund“ bis auf weiteres verbietet. Sie gibt damit zu erkennen, daß sie die Wahrheit fürchtet. Denn nur die Wahrheit wird in dieser Zeitschrift gesagt, die Wahrheit über das Saargebiet, die zu verdunkeln die Regierungskommission und die französische Regierung großes Interesse haben.

Und gerade das, was man in den Regierungsstellen des Saargebietes nicht gern in der Welt verbreitet sieht, was aber fortlaufend in der gemäßigten Zeitschrift chronologisch und kritisch zusammengetragen wird, das ist das, was die Bevölkerung des Saargebietes in den großen führenden Organen der deutschen Presse vermisst, was sie vermisst an den politischen und gesellschaftlichen Erörterungen des Tages. An der Saar weiß man, daß dieses uralte deutsche Kultur und Wirtschaftsgebiet für das große deutsche Vaterland den Dornröschenschlaf geschlafen hat, daß man es vergaß und sich heute, wo es zwar nicht durch einen vertriebenen Prinzen, aber durch einen beutegierigen Räuber umgarnt, gewedt wurde, nur durch fortwährende Mahnungen seiner erinnert. Und trotzdem ist es ein Gebiet, das mit ausschlaggebend sein wird für die endliche Wiedererstarkung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes. Nicht umsonst hat Frankreich sein Kärtenspiel um dieses Gebiet betrieben, nicht umsonst wendet es die verwerflichsten Mittel an, um dieses Gebiet für die Annexion vorzubereiten.

Ist es darum ein so unbescheidener Wunsch der Saargebietsbevölkerung, sie nicht zu vergessen, nicht zu vergessen den Kampf, den eine kerndeutsche Bevölkerung nun seit fünf Jahren um Deutschtum, Heimat und Vaterland führt?



Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß

sagt das von der
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin
herausgegebene

Merkblatt mit Bildern und Karte des Saargebiets.

Die Sache des Bundes „Saar-Verein“ muß Sache des ganzen deutschen Volkes werden; jeder gute Deutsche, besonders aber jeder, der im Saargebiet geboren ist oder im Saargebiet gelebt hat, soll und muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ oder seiner Ortsgruppen werden. — Mitgliedsanmeldungen für den Bund „Saar-Verein“ sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Fernspr.: Lützow 2340 Königgräzer Straße 94 Fernspr.: Lützow 3240

Espinosa de los Monteros †.

Das spanische Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets Espinosa de los Monteros ist am 21. August unerwartet in St. Nictaire bei Bichy in Südfrankreich, wo er zur Kur weilte, gestorben.

In Saarbrücken traf am 22. August die Nachricht von dem ganz unerwarteten Tode des erst vor wenigen Monaten zum Mitglied der Saarregierungscommission ernannten spanischen Edelmannes Espinosa de los Monteros ein. Die Nachricht kam so überraschend, daß sie erst kaum geglaubt wurde. Im März dieses Jahres wurde er vom Völkerbund zum Nachfolger des Dänen Grafen Moltke ernannt. Am 1. April trat er sein Amt an. Es war ihm nicht vergönnt, das ihm übertragene Ressort, das bedeutungsvollste, welches der Völkerbundsrat für das Saargebiet zu vergeben hat, länger als vier Monate zu verwalten. Ein Nierenleiden zwang ihn vorzeitig zum Urlaub und führte seinen frühen Tod herbei.

Seine Ernennung erfolgte damals auf Vorschlag der Franzosen; man trat ihm daher von Seiten der Bevölkerung mit artiger Zurückhaltung, aber ohne Voreingenommenheit entgegen. Er trat ein wenig exzentrisches Erbe an, das nämlich des Pseudo-Dänen und Pariser Lebemanns Moltke-Huitfeldts. Er fand eine Schulabteilung vor, die ihm unterstand und in der nicht nur manches, sondern vieles saul war. Er sah sich einzelnen „Minister“-Kollegen gegenüber, die es darauf anlegten, eine Scheidewand zwischen ihm und der Bevölkerung zu errichten, und die ihm zumuteten, die Verhältnisse an der Saar lediglich durch die Brille französischer Färbung zu betrachten. Von Spanien her ging ihm der Ruf eines korrekten und gerechten Mannes und eines lauterer, ehrenhaften Charakters voraus. Er hatte in den wenigen Monaten natürlich noch nicht die Gelegenheit, sich vollkommen frei zu machen von den Etiketten, die um ihn gelegt waren. Daß er dazu ernstlich bemüht war, wird von allen Kreisen des Saargebiets hervorgehoben. Die „Landesztg.“, der er als Katholik konfessionell sehr nahestand, sagt hierzu u. a.:

Sein Verhältnis zu den politischen Parteien war frei von jedem Mißtrauen. Ueber die schulpolitische Lage des Saargebiets ließ er sich vorurteilslos unterrichten. Er war dankbar für jede Aufklärung und Anregung. Welch ein Gegensatz zu seinem Vorgänger! War dieser emsig darauf bedacht, Abstand zu wahren, die Bevölkerung möglichst von sich fernzuhalten, so gab Herr Espinosa Anweisung, jeden zuzulassen, der ihn zu sprechen wünsche. So stand seine Tür jedermann offen, und so erklärte es sich auch, daß trotz der kurzen Tätigkeit des Herrn Espinosa in der Regierung sich manche Fäden zwischen Bevölkerung und Kultusministerium spannten, während Graf Moltke trotz vierjähriger Wirksamkeit hier im Saargebiete niemals in Konnex mit der Bevölkerung kam. Er hätte das auch nicht fertiggebracht, und wenn er täglich mit der Bevölkerung verkehrt hätte. Dazu fehlte ihm die innere Einstellung.

Herr Espinosa war es, der nach fast zweijähriger Anstellungssperre der Junglehrer, die Graf Moltke verfügt hatte, endlich freie Bahn schuf. Gegenüber den Abbaubehelfen Moltkes an der deutschen Volksschule erklärte er freimütig, daß infolge Abwanderns deutscher Schulkinder zur französischen Schule niemals eine deutsche Schule eingehen solle. Deutsche Lehrer an deutschen Schulen hätte er niemals ihres Deutschtums wegen hintansehen lassen!

Die Zentrums- und Deutsch-Saarländische Volkspartei haben folgendes Beileidstelegramm an die Gemahlin des Verstorbenen gesandt.

Son Excellence Monsieur le Ministre d'Extérieur
Espinosa de los Monteros
Madrid.

Da uns die Adresse von Frau Espinosa de los Monteros unbekannt ist, bitten wir um gütige Übermittlung folgenden Telegramms und bitten zugleich, dieses Telegramm auch als Ausdruck unserer aufrichtigen Teilnahme Eurer Exzellenz gegenüber zu betrachten.

Mit schmerzlichem Bedauern hat die Bevölkerung des Saargebietes die Nachricht von dem plötzlichen Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls aufgenommen. Wir trauern mit Ihnen um den ausgezeichneten und guten Menschen, der trotz seiner kurzen Tätigkeit im Saargebiet sich die aufrichtige Wertschätzung und das große Vertrauen der gesamten Bevölkerung erworben hat. Er war ein ritterlicher Freund der Saarbevölkerung. Wir bitten Sie und Ihre ganze Familie, die Bekundung unserer herzlichsten Teilnahme entgegennehmen zu wollen.

Zentrums- und Deutsch-Saarländische Volkspartei
gez.: Dr. Jordans, Schmeltzer.

Dieselben Parteien haben noch folgendes Beileidsschreiben an die Regierungskommission gerichtet:

Saarbrücken, den 23. August 1924.

An die Regierungskommission des Saargebiets
Saarbrücken.

Mit schmerzlichem Bedauern haben wir die Nachricht von dem Hinscheiden des Herrn Ministers Espinosa de los Monteros vernommen. Wir sprechen hiermit der Regierungskommission des Saargebiets unser aufrichtiges Beileid aus. In dem Dahingegangenen betrauern wir einen aufrichtigen und ritterlichen Freund der Saarbevölkerung, die sein Andenken stets hoch in Ehren halten wird.

In vorzüglicher Hochachtung

Die Zentrums- und Deutsch-Saarländische Volkspartei.

Die Lehrerkammer des Saargebiets sandte der Witwe des Heimgegangenen folgendes Telegramm:

Die Lehrerkammer für das Saargebiet spricht im Namen der gesamten Volksschullehrerschaft Ew. Exzellenz aufrichtiges Beileid aus zu dem Verluste Ihres Herrn Gemahls, der in seinem leider allzu kurzen Wirken hier sich unser aller höchste Achtung und vollstes Vertrauen erwarb durch sein warmherziges Wohlwollen und sein ritterliches Wort für unsere einheimische Volksschule und ihren Lehrerstand. Sein Andenken wird in Ehren leben.

Der Vorsitzende. (gez.) Maas, Püttlingen.

Am 26. August fand für den Verstorbenen in der alten katholischen Kirche von St. Johann eine eindrucksvolle Totenfeier statt. Die Feier, welche in Gestalt eines feierlichen Requiems stattfand, vereinigte die Vertreter aller Behörden, Stände und Berufsgruppen der Saarbevölkerung in fast reiflicher Geschlossenheit. Das feierliche Totenamt zelebrierte Dechant Prälat Schellmeyer St. Johann.

Der Schiffbruch der „Saarbrücken“.

Wie seinerzeit berichtet wurde, ist der Dampfer „Saarbrücken“ des Norddeutschen Lloyd gegenüber Singapur auf Grund geraten. Von einem Augenzeugen wird folgende eindrucksvolle Schilderung des Unfalls gegeben. „Am 11. Juni, nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, geriet die „Saarbrücken“, auf der ich mich in Genua eingeschifft hatte, auf der Ausfahrt von Sabang auf Grund. Das Schiff hatte sich dicht unter Land auf einem Korallenriff festgesetzt. Wir waren noch zwei Tage in dieser Lage an Bord. Nach vergeblichen Abschleppversuchen, die allerdings mit durchaus unzureichenden Hilfsmitteln ausgeführt wurden, weil Sabang, lediglich ein armer Kohlenhafen, über Bergungseinrichtungen nicht verfügt, mußten schließlich die Passagiere von Bord und die Ladung gelöscht werden, wollte man nicht das ganze Schiff mit Inhalt aufs Spiel setzen. Ein herbeigerufener Holländer, der sowieso Sabang anließ, nahm uns alle an Bord und brachte uns nach Singapur, von wo wir nach drei Tagen die Reise nach dem Osten fortsetzten. Inzwischen ist die „Saarbrücken“ wieder frei gekommen und soll, uns zugegangener Nachrichten zufolge, am 23. Juni unter eigener Kraft in Singapur eingelaufen und dort ins Dock gegangen sein. Das Schicksal der „Saarbrücken“, auf der wir so schöne Stunden verlebt hatten, war uns allen sehr nahe gegangen. Es ist ein neues Schiff, macht die zweite Reise nach dem Osten. Dem Kapitän, einem erfahrenen Seemann, kann eine Schuld nicht zur Last gelegt werden. Allerdings ist er dicht unter Land gefahren. Aber nach der Karte konnte er das. Das Riff, auf das er aufgelaufen ist, war in der Karte nicht verzeichnet. Die Gesellschaft, die ja wie alle deutsche Unternehmungen wieder von vorne anfangen muß, und unter Geldknappheit zu leiden hat, muß einen schweren Verlust auf sich nehmen. Wir Passagiere zollen dem Lloyd sowohl wie der Schiffsleitung aufrichtigen Dank. Keiner von uns hat weder an seiner Person noch an seinem Sachgut Schaden erlitten. Obwohl der Lloyd nicht verpflichtet war, die Kosten der Weiterbeförderung allein auf sich zu nehmen, hat er das getan, und das zu noch in einer Weise, die mehr als nur Anerkennung verdient.“

Die mißbräuchliche Ausbeutung des Saargebiets durch Frankreich.

Die politischen Parteien des Saargebiets haben an den Völkerbundsrat über die wirtschaftliche Lage des Saargebiets eine Denkschrift folgenden Wortlauts überreicht:

Nach Artikel 46 des Abschnitts 4 des Teiles 3 des Vertrages von Versailles sind die Bestimmungen des Saarstatuts

„zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung und um Frankreich volle Freiheit in der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen“

geschaffen worden. Die Ausbeutung der Saargruben ist also begrenzt durch die Verbürgung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung.

Noch schärfer ist dies in dem Schreiben der alliierten und assoziierten Mächte an die deutsche Delegation in Versailles vom 16. Juni 1919 mit den Worten ausgedrückt:

„Die alliierten und assoziierten Mächte haben aber auch die größte Sorgfalt darauf verwendet, den Bewohnern des Saargebietes selbst jeden materiellen oder moralischen Schaden zu ersparen. Ihre Interessen sind in jeder Hinsicht sorgfältig beachtet worden, und ihre Rechtslage wird verbessert werden.“

Mit der Unterzeichnung dieses Schreibens hat also Herr Ministerpräsident Clemenceau Frankreich als den alleinigen Grubenbesitzer und Träger der Zollverwaltung des Saargebietes zu einer weitgehenden Selbstbeschränkung seiner Monopol- und Machtstellung im Saargebiet feierlichst verpflichtet. Denn das Schreiben vom 16. Juni 1919 war vor der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles an die deutsche Delegation gerichtet und hatte den Zweck, Besorgnisse der deutschen Regierung und des deutschen Volkes durch eine authentische Auslegung der Bestimmungen des Vertrages zu zerstreuen und der Saarbevölkerung eine Verbesserung ihrer Rechtslage gegenüber den früheren Zuständen zu versprechen!

Wie haben sich nun in Wirklichkeit die Verhältnisse im Saargebiet seither entwickelt?

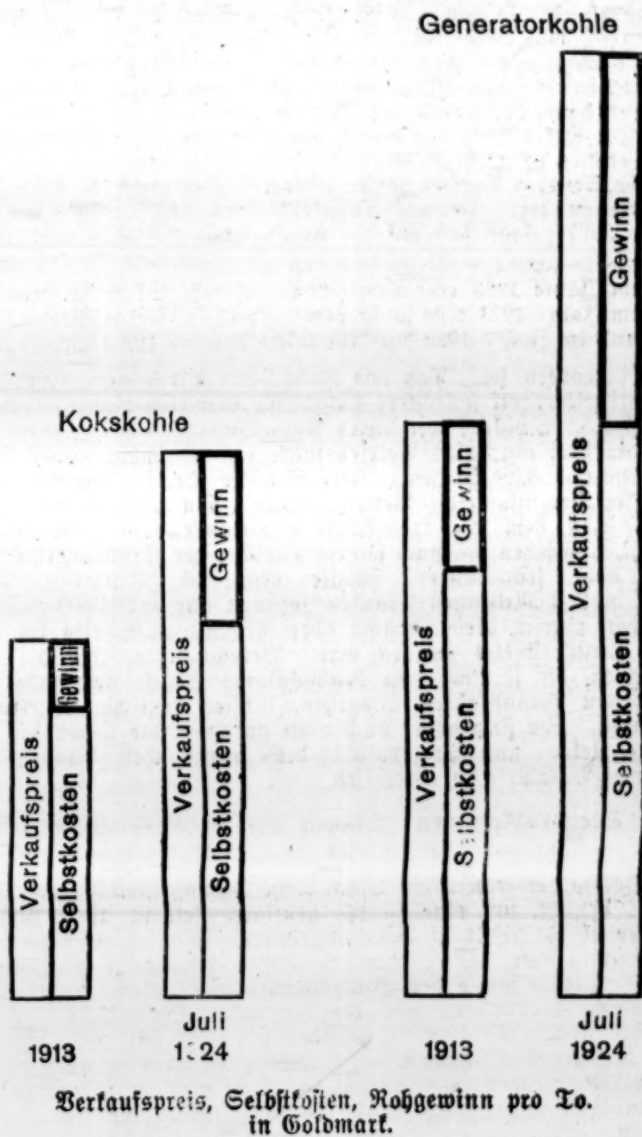
Die französische Bergwerksdirektion als Arbeitgeber.

Seit der Übernahme der Gruben durch den französischen Staat haben sich die Verhältnisse für die Arbeiter, Angestellten und Beamten erheblich verschlechtert. Die Bergbeamten waren auf Lebenszeit festangestellte Staatsbeamte und konnten nur durch ein geordnetes Disziplinarverfahren, das von deutschen Beamten mit äußerster Sorgfalt geübt wurde, aus dem Dienste entlassen werden. Heute aber behält sich der französische Staat entgegen schriftlicher und mündlicher Versprechungen das Recht vor, jeden Grubenbeamten mit ein- bis dreimonatiger Frist zu kündigen. Von den rund 2000 übernommenen Bergbeamten und Angestellten sind bereits 700 entlassen oder durch erniedrigende Behandlung zum Ausscheiden gezwungen worden. Nicht besser ist die Lage der Bergarbeiter. Der Bergmann sieht sich schutzlos jeder Willkür aus politischen oder sonstigen Gründen preisgegeben. Aus solchen Gründen ist bereits eine große Anzahl Bergleute entlassen worden. Früher war es dem Bergmann möglich, von der Grubenverwaltung zinslose Darlehen und Baupremien zum Bau eines Eigenheims zu erhalten. Der französische Staat aber will seine großen neuerbauten Kolonien nur zu brüdenben und erniedrigenden Bedingungen an die Bergleute vermieten; deshalb steht ein großer Teil derselben leer, trotz der im Saargebiet herrschenden außerordentlich großen Wohnungsnot. Der französische Staat macht sich sogar im Widerspruch zum Vertrage von Versailles den Besitz von solchen Häusern an, die zur Zeit des Waffenstillstandes seitens des preussischen oder bayerischen Bergfiskus gemietet waren. Wo er in den Besitz dieser oder anderer Häuser gelangt, setzt er brutal und rücksichtslos die Einwohner auf die Straße, so daß die Gemeinden gezwungen sind, die obdachlosen Familien in Schulhäusern unterzubringen, die damit ihrer Bestimmung entzogen werden.

Die französische Grubenverwaltung hat ein raffiniert ausgebautes Spitzelsystem eingerichtet. Die Bergleute werden auf das rücksichtsloseste ausgebeutet. Die Kranken-, Alters- und Hinterbliebenenfürsorge (Knappschaftsverein) sämtlicher Arbeitnehmer im Bergbau ist durch die Haltung der französischen Grubenverwaltung wesentlich verschlechtert worden. (Diese Fragen werden in einer besonderen Denkschrift behandelt.) Während in allen Kulturländern die Arbeitnehmer der staatlichen Betriebe die Möglichkeit haben, ihre Beschwerden im Parlament zur Sprache zu bringen und damit einen Einfluß auf die Maßnahmen der Verwaltung auszuüben, ist es im Saargebiet nicht möglich — weder im Landesrat oder in einer sonstigen Körperschaft —, die französische Grubenverwaltung mit Aussicht auf Erfolg zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Kohlenpreispolitik der französischen Bergwerksdirektion.

Der Betrieb der französischen Grubenverwaltung ist lediglich darauf gerichtet, einen möglichst hohen Gewinn aus den Saargruben herauszuholen, worunter das gesamte von den Saarkohlen abhängige Wirtschaftsleben notwendigerweise leiden muß. Die Preise für die von der Saarindustrie vorzugsweise verbrauchten Koks- und Generatorkohlen sind — in Goldmark gerechnet — gegen 1913 um rund 60 Prozent gestiegen. In Frankreich aber werden dieselben Kohlen sorten bis zu 20 Franken = rund 4 Goldmark die Tonne billiger verkauft. Gleichzeitig sind die Bergarbeiterlöhne unter den Friedensstand herabgedrückt worden. Mit allen Mitteln sucht der französische Staat seine Selbstkosten weiter dadurch zu verringern, daß er möglichst wenig Steuern zahlt. Die Rohgewinne auf die im Saargebiet abgesetzte Kohle hat er auf diese Weise bei Kokssteinen von 1,49 M. im Jahre 1913 auf 4,07 M. im ersten Vierteljahr 1924 und bei Gas- und Generatorkohlen von 3,60 M. im Jahre 1913 auf 9,62 M. im ersten Vierteljahr 1924 zu treiben gewußt. Nachstehende graphische Darstellung zeigt bei den beiden wichtigsten Kohlen sorten die Höhe der Verkaufspreise und des Rohgewinns sowohl zur Zeit der preussischen Verwaltung wie gegenwärtig unter der französischen Verwaltung:



(Die Umrechnung erfolgte auf der Grundlage von 19 Fr. für 1 Dollar.)

Also: Die Bergleute werden gezwungen, zu dem unter den heutigen Verhältnissen nicht gerechtfertigten Lohn die Friedensleistung zu vollbringen, während der französische Staat aus dem Saargebiet dank seiner um fast 60 Prozent höheren Kohlenpreise den 2,7fachen Rohgewinn gegenüber 1913 herauszieht!

Kein Wunder, daß dadurch die gesamten Industrien des Saargebietes in den letzten Jahren in große Schwierigkeiten geraten sind, die in der letzten Zeit zu Betriebseinschränkungen und umfangreichen Arbeiterentlassungen führten. Die bedeutendsten Werke der saarländischen Glasindustrie mit weit über tausend Arbeitern wurden sogar stillgelegt. Unter Hinweis auf ihre Konkurrenzschwierigkeiten etc.

Näher einzelne Unternehmer, nur unter wesentlicher Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus ihre Betriebe aufrechterhalten zu können. Was sollen alle internationalen Vereinbarungen über den Schutz der Arbeiterschaft gegen Ausbeutung, wenn der französische Staat seine Monopolherrschaft so mißbraucht? Wenn der Präsident der Regierungskommission in seinem letzten periodischen Bericht versucht, die Wirtschaftslage im Saargebiet günstiger zu schildern, als sie wirklich ist, so ist er anscheinend von seinen französischen Mitarbeiter vollkommen einseitig informiert. Denn diese beurteilen offenbar die Wirtschaftslage des Saargebietes lediglich nach der Höhe der Rente, die der französische Staat aus den Saargruben herauszieht, — und die ist allerdings ausgezeichnet.

Die aus den Saarkohlengruben gezogenen Gewinne.

Die französische Bergverwaltung rechnet für die Jahre 1920 bis 1923 einschließlich nur eine Verzinsung des investierten Kapitals von weniger als 5 Prozent heraus. Sie schätzt dabei den Wert der Saargruben auf 350 Millionen Goldmark und behauptet, daß der französische Staat außerdem 50 Millionen Goldmark in den Betrieb gesteckt habe. Demgegenüber ist in dem 17. periodischen Bericht der Regierungskommission, wo es sich um die Festlegung der von den Saargruben zu zahlenden Steuern handelt, nicht ein Wert von 400 Millionen Goldmark, sondern nur von 346 Millionen Goldmark zugrunde gelegt. Denn hätte man 400 Millionen Goldmark angenommen, so wäre eben die von dem französischen Staat an das Saargebiet zu entrichtende Steuer entsprechend höher ausgefallen. Wo es aber gilt, nachzuweisen, daß die Kohlenpreispolitik des französischen Staates nicht übertrieben hohe Gewinne der Saargruben hervorgerufen habe, kann man das Kapital nicht hoch genug veranschlagen. Die Erkenntnis von dem hohen Werte der Saargruben scheint auch erst in allerletzter Zeit aufgetaucht zu sein, denn der französische Senator Perrier hat in seinem Bericht vom 26. März 1923 (erschienen im „Journal Officiel“ vom 14. September 1923, Seite 297) gesagt, daß auf ein Kapital von 300 Millionen Goldmark

im Jahre 1920 eine Rente von	7,25 Prozent,
im Jahre 1921 eine solche von	6,68 Prozent
und im Jahre 1922 gar eine solche von	10,90 Prozent

erzielt worden sei. Daß das Jahr 1923 mit seinem 100tägigen Bergarbeiterstreik schlechtere Ergebnisse bewirken mußte, liegt auf der Hand. Schalten wir dieses Ausnahmejahr aus, so ergibt sich auf die drei normalen Betriebsjahre ein durchschnittlicher Reingewinn von 8,28 Prozent. Herr Senator Perrier hat mit Recht von der Verzinsung des Betriebskapitals von 50 Millionen Goldmark, von dem die französische Grubenverwaltung neuerdings spricht, abgesehen, da nach seinem Berichte der Grubenverwaltung von dem französischen Staate nicht 50 Millionen Goldmark = 250 Millionen Franken, sondern nur 39 325 000 Franken geliehen waren, diese Summe aber mit Zinsen bereits im Mai 1922 zurückgestellt worden war. Berechnungen, wie die vorstehenden, die je nach dem beabsichtigten Zwecke von ganz verschiedenen Grundzahlen ausgehen, müssen jegliches Vertrauen zerstören. Sie sind daher auch nicht geeignet, die gegen die bisherige Lohn- und Preispolitik des französischen Staates erhobenen Vorwürfe zu entkräften.

Das Steuerabkommen zwischen der Regierungskommission und der französischen Bergwerksdirektion.

Hat so der französische Staat seine Monopolstellung im Saargebiet benutzt, um eine in der heutigen Zeit in allen Kohlenindustrien der Welt in ihrer ungeheuren Höhe einzig dastehende Verzinsung von 8,28 Prozent zu Lasten der deutschen Beamten und Bergleute sowie der Saarindustrie zu erzielen, so hat er es andererseits verstanden, mit der Regierungskommission — kurz ehe die neuen Mitglieder derselben am 1. April dieses Jahres ihre Ämter übernahmen — zu einem Abkommen über die zu zahlenden Steuern zu gelangen, das nicht weniger interessant ist. Bekanntlich sollen nach § 13 des Saarstatuts die Saarkohlengruben

„im Verhältnis ihres Wertes zu dem gesamten steuerpflichtigen Vermögen des Saarbedens“

zu dem Haushalt des Saargebietes sowie zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden. Wie oben angedeutet, wurde zunächst der Wert der Gruben nicht, wie die französische Bergverwaltung wenige Wochen später angibt, mit 400 Millionen, sondern nur mit 346 Millionen Goldmark angenommen. Während man nun auf der einen Seite den Wert der Kohlengruben möglichst niedrig annahm, versuchte man den Wert des übrigen steuerbaren Vermögens, der zum sehr erheblichen Teile von der Kohlenpreispolitik des französischen Bergfiskus beeinflusst wird, möglichst hochzuschrauben. Zugrunde gelegt wurde für die Berechnung des Vermögens der physischen Personen die Ergänzungssteuer aus dem Jahre 1913. Bei Annahme dieses Schlüssels wurde die

Verarmung weitester Kreise der Bevölkerung, besonders der Rentner, infolge der Entwertung aller deutschen Staats-, Kommunal- und Industrieanleihen sowie der Hypotheken und eines großen Teiles des Hausbesitzes gänzlich außer acht gelassen. Bei einer gerechten Feststellung des Vermögens der physischen Personen müßte also der angenommene Wert von 1 017 000 000 Goldmark schätzungsweise um ein Drittel vermindert werden. Die unklare Fassung über den Betrag von 140 Millionen Goldmark betr. den Wert des Kapitals der Gesellschaften, die außerhalb des Saargebietes ihren Sitz haben (détenu hors Sarre), macht es um möglich, die Richtigkeit dieser Summe irgendwie nachzuprüfen. Diese beiden Posten ergeben zusammen 1 157 000 000 Goldmark als das gesamte steuerbare Vermögen des Saargebietes mit Ausnahme des Bergfiskus. Auf Grund dieser Zahl hätte der französische Staat fast ein Drittel der gesamten Steuerlasten übernehmen müssen. Dieses Ergebnis hat offenbar die französischen Interessen nicht befriedigt. Infolgedessen verfiel man auf den in der ganzen Finanzgeschichte einzig dastehenden und volkswirtschaftlich vollkommen haltlosen Ausweg, daß man die menschliche Arbeitskraft im Saargebiet kapitalisierte und mit 838 000 000 Goldmark in die Rechnung zu Lasten des Saargebietes einsetzte!

(Zur Grundlage unserer Beurteilung dieser Rechnung wollen wir nicht die Tatsache machen, daß bei dieser Gelegenheit der Wert eines saarländischen Arbeiters mit etwa 20 000 Franken in die Rechnung eingeführt wird, während das Leben eines von französischen Soldaten getöteten saarländischen Familienvaters vom französischen Kriegsminister nur mit 10 800 Franken bewertet wurde; wenn aber ein lediger französischer Chauffeur ums Leben kommt, so wird die dem Saargebiet auferlegte Entschädigung auf 60 000 Franken bemessen.)

Nach § 13 des Saarstatuts ist der steuerbare Besitz (richesse imposable — total taxable wealth) der Saarbevölkerung dem Besitz der Grubenverwaltung gegenüberzustellen. Es werden also in beiden Fällen nur die Sachwerte gegeneinander abgemessen. Es darf also keinesfalls beim französischen Staate nur der Sachwert, bei der Bevölkerung aber neben dem Sachwert noch ein fiktiver Wert der menschlichen Arbeitskraft in Anrechnung gebracht werden. Wollten die Urheber dieser vertraglichen Bestimmungen auch den Wert der menschlichen Arbeitskraft in die Rechnung einführen, so hätte dies auch bei der Grubenverwaltung geschehen müssen; denn die im Boden ruhenden Schätze der Gruben sind wertlos ohne die menschliche Arbeitskraft. Eine solche irreführende Berechnungsmethode ist nur durch den Wunsch und das Interesse zu erklären, dem französischen Staate auf jedem erdenklichen Wege Steuern zu ersparen.

Will man jedoch die Vertragsbestimmungen innehalten und infolgedessen nicht den Wert von 1913, sondern den jetzigen Wert berücksichtigen, so muß man von der Summe von 1 017 000 000 Goldmark etwa ein Drittel mit rund 337 Millionen Goldmark in Abzug bringen. Es ergeben sich dann rund 678 000 000 Goldmark nach der berücksichtigten Ergänzungssteuer von 1913. Hierzu kommen die 140 000 000 Goldmark für den Wert der Gesellschaften des Saargebietes. Als Wert dieses steuerbaren Vermögens des Saargebietes mit Ausnahme der Gruben ergibt sich danach der Betrag von 818 Millionen Goldmark. Nur diese 818 000 000 Goldmark sind dem angenommenen Werte der Kohlengruben von 346 000 000 Goldmark gegenüberzustellen. Hiernach müßte der französische Staat rund 30 Prozent der Staats- und Gemeindeausgaben des Saargebietes zahlen. Die frühere Regierungskommission jedoch hat sich mit der französischen Grubenverwaltung auf eine Zahlung von nur rund 15 Prozent des gesamten Steueraufkommens geeinigt. Wollte man gar mit den letzten Zahlen der französischen Bergwerksdirektion von dem Wert der Saargruben von 400 Millionen Goldmark rechnen, so würde die Steuerlast des französischen Staates auf rund 33 Prozent der Ausgaben des Saargebietes und der Gemeinden wachsen. Wenn aber gar der Betrag von einer Milliarde Goldmark als Wert der Gruben angesetzt würde, den die deutsche Regierung seinerzeit von der Reparationskommission verlangt hat und auf den sich die Bergwerksdirektion zur Begründung ihrer angeblich schlechten Rente ebenfalls beruft, so müßte der französische Staat gar 55 Prozent der sämtlichen Ausgaben des Saargebietes und der Gemeinden tragen.

Unter diesen Umständen wird es für jedermann begreiflich, welches großes Interesse der französische Staat daran hat, so viele französische Beamte in den einflussreichsten Stellen der Verwaltung des Saargebietes zu erhalten. Es wird aber auch begreiflich, daß auf beiden Seiten — nämlich bei den französischen Beamten der Regierungskommission und der Grubenverwaltung — man sich beeilt hat, noch ehe der Wert der Saargruben von der Reparationskommission endgültig festgelegt ist, zu einem Steuerabkommen noch vor dem 1. April dieses Jahres mit der Regierungskommission zu gelangen, obwohl dieses Abkommen erst ab 31. März 1925 in Kraft tritt. Man wollte eben die neue Regierung

Kommission vor eine vollendete Tatsache stellen. Wo bleibt hier die von Herrn Clemenceau am 18. Juni 1919 so feierlich der Saarbevölkerung versprochene „Ersparung jeden materiellen und moralischen Schadens“?

Die Kreditnot im Saargebiet.

Vor Einführung des Franken als gesetzliches Zahlungsmittel hat die frühere Regierungskommission versprochen, der vorauszuversiehenden Kreditnot abzuwehren. Die Diskontierung saarländischer Wechsel sollte ebenso wie die französische Wechsel durch die Bank von Frankreich sichergestellt werden. Nichts Ernsthaftes wurde erreicht. Die saarländischen Wechsel werden nur in Ausnahmefällen diskontiert. Die wohlhabendsten Gemeinden haben kein Geld. Der Wohnungsbau, der vorübergehend gute Ansätze machte, ist zum Stillstand gelangt. Die Geschäftswelt ist kaum imstande, die üblichen Tagesforderungen zu begleichen, beziehungsweise eintreiben zu können. Privatleute erhalten überhaupt keinen Kredit. Die großen Haushaltsüberschüsse des Saargebietes aus früheren Jahren, ebenso die flüssigen Mittel aus Ruhegehalts- und Hinterbliebenenfonds für Beamte usw., zusammen in Höhe von 60 bis 70 Millionen Franken, wurden seitens der früheren Regierungskommission lediglich an die französischen Banken des Saargebietes zu dem hier lächerlich geringen Zinsfuß von 5 Prozent ausgeliehen. Die Saarbevölkerung aber, aus deren Steuerleistungen diese Gelder stammen, erhält aus diesen Beträgen keine Kredite. Infolgedessen ist sie gezwungen, bis zu 30 Prozent Jahreszinsen zu zahlen, — ja, Gemeinden haben bis zu 70 Prozent gezahlt! Es bedarf keines Beweises, daß dadurch die Gegenstände des täglichen Verbrauches erheblich verteuert werden.

Die vertragswidrige Behinderung der zollfreien Einfuhr deutscher Waren in das Saargebiet.

Ein anderes Gebiet, auf dem die Interessen der Saarbevölkerung gewaltig geschädigt werden, betrifft die zollfreie deutsche Einfuhr in das Saargebiet. Nach § 31 Absatz 4 des Saarstatuts „bleibt während eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages von Versailles die deutsche Einfuhr in das Saargebiet für Gegenstände, die für den örtlichen Verbrauch (des articles destines a la consommation locale — articles for local consumption) bestimmt sind, von Zollabgaben befreit.“

Nach diesem Text ist die zollfreie Einfuhr aller Gegenstände, die für den örtlichen Ver- und Gebrauch bestimmt sind, unter der Voraussetzung sichergestellt, daß die Einfuhr während der Periode von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten des Vertrages erfolgt ist.

Anfangs dieses Jahres hat demgegenüber die Regierungskommission gemäß ihrem Schreiben vom 7. Juni 1924 an den Generalsekretär des Völkerbundes dem § 31 die Auslegung gegeben, daß unter „örtlichem Verbrauch“, für dessen Deckung zollfreie Einfuhr zuzugestehen sei, der örtliche Verbrauch in den Jahren 1920 bis 1925 zu verstehen sei. Die Regierungskommission gibt also dem § 31 eine einschränkende Auslegung gegenüber dem Vertrage, indem sie alle Waren, die nicht bis zum 10. Januar 1925 aufgebraucht sind, von der zollfreien Einfuhr ausschließt. Diese Einschränkung ist mit dem klaren Wortlaut des Vertrages nicht zu vereinbaren, denn die Tatsache, daß die Worte „während derselben Zeit“ (pendant la meme periode — during the same period) der gesamten Bestimmung über die zollfreie Einfuhr vorangestellt, nicht aber einschränkend hinter die Worte „Gegenstände, die für den örtlichen Gebrauch bestimmt“ gestellt sind, beweist, daß eine Vorversorgungs der einheimischen Industrie und des Handels durch eine zollfreie Einfuhr deutscher Waren auch für die Zeit nach dem 10. Januar 1925 zulässig sein sollte. Aber wenn man selbst der Auffassung wäre, daß diese Bestimmung auch anders ausgelegt werden könnte, so steht dem der allgemein anerkannte Grundsatz entgegen, „wonach Verträge strengstens gegen die Partei ausgelegt werden, die sie aufgestellt hat“¹⁾. „Denn um sich einen Nutzen zu sichern, hätte sie sich klar ausdrücken müssen.“²⁾ Es ist kein Zweifel, wer die Partei ist, die den Vertrag von Versailles aufgestellt hat; die Saarbevölkerung war es jedenfalls nicht. Die Regierungskommission durfte also nicht im Verein mit der französischen Zollverwaltung den § 31 Absatz 4 des Saarstatuts, wie geschöhen, einschränkend auslegen, denn dadurch wurde die Saarbevölkerung geschädigt. Sie mußte vielmehr nicht nur aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, sondern

auch in pflichtgemäßer Wahrung der Interessen der Saarbevölkerung den § 31 so auslegen, daß die zollfreie Einfuhr von Gegenständen des örtlichen Bedarfs bis zum 10. Januar 1925 in weitgehendem Maße zugelassen würde. Denn die Regierungskommission sah und sieht täglich, wie sehr die Saarbevölkerung in ihren gesamten Gewohnheiten und ihren gesamten Einrichtungen, sowohl des häuslichen wie des wirtschaftlich-industriellen Lebens, auf den Bezug deutscher Waren angewiesen ist. Sie verstieß also gegen ihre Verpflichtung, die Wohlfahrt der Saarbevölkerung zu fördern, als sie der Versorgung der Bevölkerung mit deutschen Waren Schwierigkeiten in den Weg legte, indem sie diese zeitlich und mengenmäßig willkürlich beschränkte.

Zu diesem Zwecke haben im März 1923 die französischen Beamten der früheren Regierungskommission durch Schaffung des sogenannten Bestimmungsausweises sich das Werkzeug zur Beschränkung der zollfreien deutschen Wareneinfuhr geschaffen. Die Handhabung dieses Bestimmungsausweises ist so schikanös, daß rechtzeitig eingetroffene Weihnachtsartikel erst nach Ostern dem Ladenbesitzer, der sie bestellt hatte, ausgeliefert wurden. Geht z. B. das Duplikat des Bestimmungsausweises, das der Zollverwaltung in Saarbrücken übergeben wird, auf dem Wege zur Grenzstation durch die Schuld der Zollverwaltung verloren oder wird von ihr an ein falsches Grenzzollamt geschickt, so wird dem Kaufmann die Ware, trotzdem er das Original des Bestimmungsausweises vorzeigt, nicht ausgeliefert. Der Kaufmann aber zahlt die ungeheuren Eisenbahnstandgelder, bis dieses Papier auf seine Kosten und durch ihn selbst wieder beschafft ist, und trägt bei leicht verderblicher Ware auch noch den Verlust derselben. Das ganze System soll offenbar den Saarländern den Bezug deutscher Waren verleiden.

Im Dezember 1923 hat die Regierungskommission eine völlige Annahmeperré für Bestimmungsausweise verfügt und damit fast das gesamte deutsche Weihnachtsgeschäft nach dem Saargebiet zum Stillstand gebracht. Durch die Forderung von statistischen Unterlagen, die bei einer richtigen Auslegung des § 31 wert- und zwecklos waren und die von insgesamt 3000 Firmen des Saargebietes geliefert werden mußten, hat sie diese Sperre um mehrere Monate verlängert. Dabei mußte sie wissen, daß ihr Beamtenapparat zur Bewältigung dieses einlaufenden statistischen Materials vollkommen unzureichend war, wodurch weitere Verschleppungen in der Ausstellung von Bestimmungsausweisen notwendigerweise eintreten mußten. Als dann nach Monaten das statistische Material bearbeitet war, wurden nur unzureichende Kontingente für das Jahr 1924 gewährt. Bei der hochwichtigen Einfuhr von Maschinen und Maschinenteilen, auf der das wirtschaftliche Gedeihen der Industrie beruht, haben die französischen Beamten der Regierungskommission mit der französischen Zollverwaltung eine Sonderregelung mit dem Ergebnis getroffen, daß bereits vom Monat August dieses Jahres ab keine weiteren Bestimmungsausweise für die zollfreie Einfuhr von Maschinen erteilt werden können. Dadurch können selbst Maschinen, die vor vielen Monaten bestellt und zum großen Teile bezahlt sind, in den letzten Monaten dieses Jahres nicht mehr zollfrei eingeführt werden. Die Höhe des französischen Zolles für die Maschineneinfuhr aus Deutschland ist aber durchschnittlich die vierfache gegenüber der Einfuhr aus anderen Ländern und steigt bis zu 80 Prozent des Wertes dieser Maschinen. Mit andern Worten — und das mußte der Regierungskommission bekannt sein — macht ein derartiger Zoll die Einfuhr deutscher Maschinen nach dem Saargebiet bereits in diesem Jahre trotz der Ausnahmebestimmung des § 31 des Saarstatuts unmöglich.

Warum wurden alle diese Maßnahmen im Verein mit der französischen Zollverwaltung getroffen? Die weitesten Kreise der französischen Industrie und des Handels erstrebten eine Förderung ihres Absatzes nach dem Saargebiet „durch

eine frühzeitige Lösung des Saargebietes vom deutschen Wirtschaftskörper.

durch eine Art von Sabotierung der fünfjährigen Zollfreiheit der deutschen Waren“. Die nach dem Friedensschluß gegründete französische Handelskammer mit dem Sitz in Saarbrücken und Paris schreibt in ihrem Bulletin Nr. 6 vom März 1923, dem auch die vorstehenden Worte entnommen sind, bei einer Besprechung dieser Wünsche der französischen Industrie und des Handels, „daß schon die Darstellung des Sachverhalts zeige, daß auf eine rechtlich einwandfreie Weise dieser manchem erwünschte Zustand nicht leicht zu erreichen sei“. Vorstehende Ausführungen des amtlichen Organs der französischen Handelskammer machen es der Saarbevölkerung erklärlich, warum bereits im Jahre 1923 versucht wurde, die zollfreie Einfuhr deutscher Waren zu beschränken. Die Regierungskommission in ihrer früheren Zusammensetzung im Verein mit ihren französischen Beamten und der französischen Zollverwaltung handelte einfach im Interesse der französischen

¹⁾ Aroa Mines (Ltd.) Case, British Venezuelan Commission, Venezuelan Arbitrations of 1903, p. 353. Zitiert von Bouvier, Law. Dic. p. 12. 124.

²⁾ Aspin wall's Case U. S. and Venezuelan Claims Commission of 1889, report 306; Moore's International Arbitrations, 16, citing Woolsey's International Law. 113.

Industrie, der der saarländische Markt bereits vom Jahre 1923 an trotz der klaren Bestimmungen des § 31 des Saarstatuts ausgeliefert werden sollte.

Der Erfolg blieb nicht aus. Während z. B. die französischen Firmen das Saargebiet mit Radioapparaten überschwemmen durften, hat es volle sechs Monate — also bis der Bedarf in der Hauptsache gedeckt war — gedauert, ehe die ersten deutschen Radioapparate zollfrei zugelassen wurden. Während bei der Einfuhr deutscher Automobile die größten Schwierigkeiten gemacht werden, kommen monatlich hunderte französischer Wagen ohne jegliche Behinderung in das Saargebiet. Um den saarländischen Markt möglichst vollständig den französischen Maschinenfabriken und Kesselschmieden auszuliefern, hat man bisher einer Maschinenfabrik, die nahe außerhalb der Grenze des Saargebietes liegt und von jeder hundert im Saargebiet wohnende Arbeiter beschäftigt, durch Nichtgewährung der zollfreien Einfuhr ihrer eigenen Betriebseinrichtungen es unmöglich gemacht, ihren Betrieb in das Saargebiet zu verlegen.

Trotzdem für die deutschen Waren kein Zoll erhoben werden darf, müssen so komplizierte Zolldeklarationen seitens der Empfänger der Waren ausgestellt werden, daß ihre Herstellung praktisch unmöglich ist. So muß z. B. bei marinierten, in Blechdosen verpackten Heringen nicht nur angegeben werden, wieviel die Heringe selbst wiegen, sondern auch je wieviel Gramm Essig, Öl, Pfeffer, Kellen, Lorbeerblätter und Paprika in einer Dose enthalten sind und wie hoch das Gewicht der Blechdose selbst ist; denn die einzelnen Artikel unterliegen verschiedenen Zollsätzen. Es ist sogar von den französischen Zollbeamten gesagt worden, daß die Heringe an das Zollaboratorium in Paris gesandt werden müssen, um dort festzustellen, ob es sich um — norwegische oder deutsche Heringe handelt! Stimmt aber beim Wareneingang irgendeine Angabe in der Deklaration nicht auf das Gramm, so riskiert der Empfänger nicht nur die Beschlagnahme der Ware, sondern er muß außerdem noch sehr hohe Zollstrafen bezahlen.

Die französischen Beamten der Regierungskommission weisen stets darauf hin, daß ihre Maßnahmen geeignet seien, dem Haushalte des Saargebietes sehr große Summen an Zolleinnahmen zuzuführen. Sie berechnen hierfür Phantasiezahlen, die ungeheure Summen ergeben. Frankreich wendet den hier gültigen Generaltarif für deutsche Waren bereits seit einer Reihe von Jahren an. Ausweislich der französischen Zollstatistik hat die Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich seit dieser Zeit praktisch aufgehört. Auch im Saargebiet wird man das Kunststück nicht fertig bringen, aus einer verhinderten Wareneinfuhr Zolleinnahmen zu schaffen, die dem Steuerzahler seine Steuerlast erleichtern.

Ein Sondergericht für Zollangelegenheiten?

Bei diesen Zuständen ist es nicht weiter auffällig, daß die frühere Regierungskommission dem Landesrate einen Gesekentwurf vorlegte, durch den die gerichtlichen Entscheidungen über Zollangelegenheiten einem Sondergericht überwiesen werden sollen. Der Landesrat hat diese Bestimmung selbstverständlich abgelehnt und gefordert, daß die Zollvergehen den ordentlichen Gerichten überwiesen werden.

Der Neubau großer Zolllahnhöfe an den Grenzen des Saargebietes.

Selbstverständlich sind die Grenzbahnhöfe des Saargebietes für eine derartige Schitanöse und langwierige Zollbehandlung zu klein; darum baut der französische Staat Zolllahnhöfe für über 80 Millionen Franken. Das Saargebiet aber muß aus den ihm zustehenden Zolleinnahmen diese unnützen Anlagen bezahlen. Der Landesrat hatte vorgeschlagen, wie sonst üblich, die französischen und deutschen Zolllahnhöfe zusammenzulegen.

Der verhinderte Anschluß des Saargebietes an das internationale Luftverkehrsnetz.

Die Parteilichkeit und das Uebelwollen der französischen Zollverwaltung tritt auch hinsichtlich des Anschlusses des Saargebietes an das internationale Luftverkehrsnetz zutage. Während französische Militär- und Zivilflugzeuge den Flugplatz in St. Arnual seit 1918 benutzen, hat die französische Zollverwaltung dem am 10. Mai 1924 von Stadt und Handelskammer Saarbrücken gestellten Antrag auf Erklärung dieses Flugplatzes zum Zollflughafen bisher nicht stattgegeben. Dadurch ist die Aufnahme des internationalen Luftverkehrs, zu dem der französische Generalsekretär der Regierungskommission bereits einer englischen und einer holländischen Gesellschaft die Genehmigung erteilt hat, durch die französische Zollverwaltung bisher sabotiert worden.

Schlußfolgerungen.

In vorstehenden Ausführungen haben wir den Nachweis erbracht, daß entgegen den klaren Bestimmungen des Vertrages von Versailles durch den französischen Staat die Rechte und die Wohlfahrt der Saarbevölkerung geschädigt worden sind und daß entgegen den feierlichen Zusicherungen der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919 den Bewohnern des Saargebietes nicht nur materieller und moralischer Schaden zugefügt wird, sondern sogar die Rechtslage wesentlich verschlechtert wurde.

Wir bitten daher den Hohen Rat des Völkerbundes, darauf hinwirken zu wollen, daß

1. der französische Staat als Besitzer sämtlicher Saarkohlengruben seine Arbeiter, Angestellten und Beamten rechtlich, moralisch und wirtschaftlich wesentlich besser stellt als bisher;
2. der französische Staat als Inhaber des Kohlenmonopols im Saargebiet seine Kohlenpreise so weit ermäßigt, daß das wirtschaftliche Gedeihen der Saarindustrie ebenso sichergestellt ist wie unter der preussischen und bayerischen Herrschaft;
3. der französische Staat und die Regierungskommission unverzüglich das Steuerabkommen vom März dieses Jahres aufheben und ein neues Abkommen auf Grund der tatsächlichen, von uns dargelegten Verhältnisse abschließen;
4. der französische Staat als Inhaber der Zollverwaltung und die Regierungskommission des Saargebietes veranlaßt werden, ihre sämtlichen Maßnahmen zur zeitlichen und mengenmäßigen Beschränkung der zollfreien Einfuhr deutscher Waren ins Saargebiet unverzüglich aufzuheben;
5. der französische Staat veranlaßt wird, die saarländische Wirtschaft für die weitgehenden, durch die Zollkürzungen ihr entstandenen Schädigungen schadlos zu halten.

Saarbrücken, den 9. August 1924.

Die Fraktionen des Landesrates des Saargebietes!

Zentrumsparlei:

Leva cher.

Sozialdemokratische Partei:

Hoffmann.

Deutsch-Saarländische Volkspartei

(Vereinigte Liberale und Demokratische Partei):

Schmelzer.

*

Zur saarländischen Zollfrage.

Wir veröffentlichten kürzlich einen Notenwechsel zwischen der deutschen Regierung, dem Völkerbund und der Regierungskommission, in dem die derzeitige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen des Saargebietes mit Deutschland bis zum Jahre 1925 einer eingehenden Kritik unterzogen worden war. Bekanntlich soll das Saargebiet am 10. Januar 1925 dem französischen Zollgebiet einverleibt werden; bis zu diesem Zeitpunkt aber ist der deutschen Einfuhr in das Saargebiet für Gegenstände des örtlichen Verbrauches laut § 31 des Saarstatutes ausdrücklich Zollfreiheit eingeräumt. Nachdem diese Einfuhr 3 Jahre lang ohne Kontrolle möglich war, machte die Regierungskommission im März 1921 die zollfreie Einfuhr deutscher Waren von der Beibringung eines Bestimmungsausweises abhängig. Die Schwierigkeiten aber, die an der heutigen Krise im Saargebiet mitschuldig geworden sind, begannen erst im Dezember 1923 und von diesem Zeitpunkt ab in steigendem Maße einzutreten, als die Regierungskommission plötzlich zu einer allgemeinen Kontingentierung der deutschen Einfuhr schritt. Dieser Maßnahme konnte eine Berechtigung insoweit nicht abgesprochen werden, als es sich nur darum handelte, zu verhindern, daß Waren, die nicht für den örtlichen Bedarf bestimmt waren, aufgestapelt wurden, um nach dem Fallen der Zollschranken zollfrei nach Frankreich eingeführt zu werden und dort ungünstige Konkurrenzverhältnisse zu schaffen. Die praktische Handhabung dieser Kontingentierung zeitigte aber das auf die Dauer unerträgliche Ergebnis, daß auch solchen Waren, die unzweifelhaft nur für den örtlichen Verbrauch des Saargebietes benötigt werden, die zollfreie Einfuhr ins Saargebiet verweigert wurde. Die deutsche Regierung hatte daher in ihrer Note vom 24. Mai die Regierungskommission darauf hingewiesen, daß die von ihr bei der Regelung der Einfuhr befolgte Methode mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sei, da die festgelegten Kontingente den Bedürfnissen des örtlichen Verbrauches nachgewiesenermaßen nicht Rechnung trugen, so daß deutschen Erzeugnissen selbst bei zweifelsfreiem Nachweis ihrer Bestimmung für den örtlichen Bedarf die vertraglich zugesicherte zollfreie Einfuhr ins Saargebiet entzogen wurde. Es war daher das Verlangen an die Regierungskommission gerichtet worden, in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Versailles nicht mehr zu verlangen, als den Nachweis dafür, daß die einzuführenden Waren ausschließlich für den örtlichen Verbrauch bestimmt seien. Diesem durchaus klaren und einleuchtenden Vorschlag zur Regelung der deutsch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen verweigerte die Regie-

rungskommission ihre Zustimmung, indem sie nach wie vor an ihrer den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Saargebietes nicht gerecht werdenden Kontingentierung, d. h. Beschränkung der deutschen Einfuhr, festhielt.

Die Handelskammer zu Saarbrücken, die ebenfalls vergeblich bemüht war, die Regierungskommission zu einer den Interessen der Saarwirtschaft zweckentsprechenderen Haltung in der Zollfrage zu bewegen, beschäftigte sich in der Vollstreckung erneut mit der Frage der zollfreien Einfuhr, die angesichts der kurzen Spanne von 5 Monaten, die das Saargebiet von dem Zollabschluß mit Deutschland trennt, von Tag zu Tag brennender wird. Auf der lebhaftesten wurde bedauert, daß der Völkerverbund die Frage der Kontingentierung trotz ihrer Dringlichkeit auf seiner letzten Tagung nicht behandelt, sondern auf seine Augusttagung verschoben hatte, wodurch die Aussicht auf eine wesentliche Besserung weiter verschlechtert wurde.

In einem ausführlichen Referat wies Herr Martin darauf hin, daß die ernste wirtschaftliche Krise, die das Saargebiet augen-

blicklich zu bestehen habe, zweifelsohne durch die Haltung, welche die Regierungskommission beispielsweise in der Frage der Maschineneinfuhr einnehme, verschärft würde. Durch Verweigerung der Bestimmungsausweise würden erweiterungsbedürftige oder neugegründete Betriebe systematisch in ihrer Produktion gehemmt. Nicht besser erginge es Handwerkern und Kleingewerbetreibenden oder Firmen, die Anträge auf Ersatzteile und Ersatzmaschinen einreichten. Auch diese müßten neuerdings auf die Genehmigung ihrer Anträge monatelang warten, so daß man heute wieder von einer nahezu vollkommenen Sperre der Maschineneinfuhr sprechen könne. Mit allem Nachdruck wandte sich der Referent dagegen, daß durch diese Kontingentierung der örtliche Bedarf in eine Zwangsjade gesteckt würde.

In seinem Schlußwort brachte der Syndikus der Handelskammer Dr. Schlenker zum Ausdruck, daß er keine andere Möglichkeit, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, sehe, als die, daß die politischen Parteien sich mit ihren Sorgen direkt an den demnächst tagenden Völkerverbund in Genf wenden.

Das französische Militär im Saargebiet.

Die politischen Parteien des Saargebietes haben an den Völkerverbund folgende Denkschrift gerichtet:

Zwecklosigkeit, Rechtswidrigkeit und Uebergrieffe des französischen Militärs im Saargebiet.

In unserer Denkschrift vom 29. Dezember 1922 haben wir nachgewiesen, daß die Regierungskommission ihre allgemeine Verpflichtung gemäß § 30 des Saarstatuts, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, nur mit Hilfe einer örtlichen Gendarmerie zu erfüllen hat. Der Hohe Rat des Völkerverbundes hat selbst die diesbezüglichen Bestimmungen des Versailler Vertrages als zwingend anerkannt und schon in einer am 30. Juli 1921 gefaßten Entschließung ausdrücklich der Regierungskommission die Verpflichtung auferlegt, die Anwesenheit der französischen Truppen nicht zu einer dauernden Einrichtung werden zu lassen, sondern so bald als möglich die örtliche Gendarmerie auszubauen. Bei einer ganzen Reihe von Tagungen des Hohen Rats ist diese Auffassung zum Ausdruck gekommen.

Im übrigen bedarf es keines Beweises, daß eine aus den Bewohnern des Landes sich rekrutierende Gendarmerie, die die Landessprache beherrscht und den Geist der Bevölkerung kennt, viel eher Ruhe und Ordnung aufrechterhalten kann als eine aus einem fremden Lande herangezogene Truppe, der Sprache, Denken und Empfinden der Bevölkerung fremd sind. Einfache Mißverständnisse können bei dieser Sachlage zu den größten Komplikationen führen. Wenn der Herr Präsident der Regierungskommission in seinem Schreiben vom 16. Juli d. J. durchblicken läßt, „daß nirgends die Schwierigkeiten und Gefahren einer örtlichen Anwerbung größer seien als im Saargebiet“, so stützt er sich dabei auf die Tatsache, daß die Bewerber und Angehörigen der örtlichen Gendarmerie als Saarländer mit der Bevölkerung verwandt und „ganz eng mit dem sozialen und politischen Leben verknüpft“ seien, und zwar so eng, daß man sie in dem kleinen Saargebiet nicht dem „Einfluß der Familie, der Kameraden und Klassengenossen“ entziehen könnte.

Vorstehende Begründung enthüllt, warum man

auf keinen Fall den Bestimmungen des Vertrages von Versailles nachkommen und das französische Militär entfernen

will. Man will auf jeden Fall eine fremde Truppe zur Verfügung haben, mit der man gegebenenfalls auch Zwecke durchführen kann, die im Gegensatz zum Willen der Gesamtbewölkerung stehen. Das ist der wahre Grund. Alle übrigen Argumente, wie die große Zahl der erforderlichen Gendarmen, die im Saargebiet bei der friedlichen Bevölkerung kein Mensch für erforderlich hält, ferner die Schwierigkeiten der Anwerbung und die hohen Kosten, sind unserer Auffassung nach lediglich vorgeschoben.

Der Herr Präsident behauptet ferner, daß wenigstens dreitausend Gendarmen erforderlich seien, selbst wenn es möglich wäre, im Notfalle Truppen von auswärts heranzuziehen; falls dies nicht möglich wäre, müßte er 4000 Gendarmen haben.

Demgegenüber verweisen wir auf das benachbarte Luxemburg, das bei 260 000 Einwohnern nur 180 Gendarmen und 250 Freiwillige, zusammen also 430 Mann unterhält. Nachdem auch in dem viel kleineren Luxemburg alle diese Leute selbstverständlich Landeskindern sind, müßten nach der Logik des Herrn Präsidenten der Regierungskommission die hieraus entspringenden Gefahren noch viel größer sein als im Saargebiet. Trotzdem hat man in Luxemburg keine Bedenken getragen, das französische Militär,

das auch in Luxemburg zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ gegen den Willen eines großen Teiles der Bevölkerung herbeigerufen worden war, Ende vorigen Jahres abziehen zu lassen. Schwierigkeiten haben sich hieraus ebensowenig ergeben wie in den langen Jahren vor dem Kriege, als Luxemburg niemals mehr als 380 Gendarmen und Freiwillige besaß.

Wenn man sich nun bei uns mit einer entsprechenden Zahl von Gendarmen begnügt, so entfielen auch alle übrigen Bedenken. Dazu kommt, daß im Saargebiet unter dem Einfluß der Regierungskommission die Polizei in den einzelnen Ortschaften ungewöhnlich stark entwickelt wurde. Allein in der Stadt Saarbrücken befinden sich 233 Schutzeleute, die zwar zum großen Teil von der Stadt Saarbrücken bezahlt, aber von dem französischen Chef der Obersten Polizeiverwaltung beschlicht werden. Im gesamten übrigen Saargebiet befinden sich mindestens weitere 300 Mann kommunale Polizei. Da bis Ende dieses Jahres 755 Landjäger vorhanden sein werden, so ergibt dies eine 1288 Mann starke Sicherheitstruppe, — eine Zahl, die ziemlich genau den luxemburgischen Verhältnissen entspricht. Hierzu kommt, daß der französische Staat als Besitzer der Saargruben einen Grubenschutz von ungefähr 400 Mann unterhält, die größtenteils uniformiert, sämtlich bewaffnet, wohl organisiert und straff in einer Truppe zusammengefaßt und zum großen Teil Franzosen sind. Demgegenüber kamen Preußen und Bayern mit etwa 60 unbewaffneten und invaliden Bergleuten als Grubenhüter aus.

An Sicherheitsorganen sind also im Saargebiet am Ende dieses Jahres vorhanden:

an Gendarmen (Landjäger)	755 Mann,
an kommunalen Polizisten	533 „

ergibt zusammen 1288 Mann,

außerdem an bewaffnetem Grubenschutz 400 Mann.

Infolgedessen muß jeder objektiv Urteilende zu der Ueberzeugung gelangen, daß diese Zahl zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in jedem Falle ausreicht.

Das alles ist dem Herrn Präsidenten der Regierungskommission bekannt. Warum also will man die Regierung nicht so führen und sich so viel Vertrauen bei der Bevölkerung erwerben, daß auf das landfremde Militär zur Sicherung der Regierungsgewalt verzichtet werden kann? Eine Regierung, die sich

auf fremde Bajonette stützt,

beweist damit, daß sie es nicht verstanden hat, das Vertrauen und die Liebe des Volkes zu gewinnen und sich die Mitarbeit desselben zu sichern. Wie sollte das auch bei einer Regierung möglich sein, die die wichtigsten Ämter den Angehörigen der Nation anvertraut, von der sie die Truppen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung herbeigeht? Es ist aber keine Notwendigkeit, daß wir Franzosen in allen wichtigen Stellen der Regierung haben. Wohl aber ist es notwendig und liegt im Interesse des Völkerverbundes und der von der Regierungskommission regierten Bevölkerung, daß auch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles eingehalten werden, die die Wohlfahrt der Bevölkerung sicherstellen sollen.

Die Anwesenheit der französischen Truppen ist damit begründet worden, daß diese zum Schutze der französischen Gruben notwendig seien. Jedermann, der im Kohlenbergbau bewandert ist, weiß jedoch, daß wirkliche Gefahren dem Bergbau nur aus ihm selber drohen, besonders wenn

die in den großen Tiefen ständig zuströmenden Grubenwasser nicht ausgepumpt werden. Der Bestand dieser Gruben und die Möglichkeit ihrer Ausbeutung hängt von dem Umstande ab, daß die Grubenwasser ununterbrochen zutage gehoben werden. Die wirklichen Beschützer der Gruben sind also die Bergleute selbst, welche die Kessel feuern und die Pumpen bedienen. Selbst bei einem Streit ist nicht zu befürchten, daß sie die Gruben verlassen lassen. Da die Bergleute hier im Saargebiet im Bereiche der Gruben und zum großen Teile auf eigenem Grund und Boden wohnen, haben sie an der Lebensfähigkeit der Gruben ein außerordentliches Interesse; denn wenn die Gruben zum Verkauf kämen, müßten sie Hab und Gut verlassen, um anderwärts ihren Lebensunterhalt zu suchen. Von ihnen also droht den Gruben keine Gefahr, da ihr eigenes Interesse die Erhaltung der Gruben bietet. So sind z. B. während des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1923 von den Bergleuten ständig die Notstandarbeiten verrichtet worden. Diese Tatsachen sind sowohl dem französischen Staate wie der Regierungskommission des Saargebietes durchaus bekannt. Es muß also auch bekannt sein, daß selbst die Waffengewalt der ganzen französischen Armee zum Schutze der Gruben vollkommen wertlos wäre.

Bei einer Entfernung des französischen Militärs werden sogar die wirtschaftlichen Ergebnisse der Saargruben steigen. Nicht nur, daß dann die französischen Ingenieure sich beeifigen werden, den Bergarbeitern eine bessere Behandlung zuteil werden zu lassen als dies zurzeit der Fall ist, auch die Bergleute werden ihre Vorgesetzten nicht mehr als Gewalthaber ansehen, die auf den Militarismus pochen. Die Beschwerden über die schlechte Behandlung der Arbeiterschaft, über hohe Strafen wegen Kleinigkeiten, über Entlassungen bei mangelnder Willfährigkeit gegenüber den separatistischen Tendenzen des Saarlandes, über Maßregelungen bei Nichtbesuch der französischen Schulen durch die deutschen Bergarbeiterkinder werden abnehmen. Das friedliche Zusammenarbeiten von französischen Ingenieuren und deutschen Bergarbeitern kann dadurch nur gefördert werden, und der wirtschaftliche Erfolg des Kohlenbergbaues wird wachsen.

Die Wesensart eines landfremden Militarismus aber läßt ein Verständnis für die Gefühle der Zivilbevölkerung nicht aufkommen. So wurde am 14. Juli d. J., dem französischen Nationalfeiertag, an dem in Frankreich die Paraden ausfielen, von dem Präsidenten der Regierungskommission Herrn Kault und dem belgischen Mitglied der Regierungskommission Herrn Lambert in Saarbrücken

eine große Parade über die französischen Saartruppen

abgenommen. Am Fronleichnamstage, einem hohen gesetzlichen Feiertage der vorwiegend katholischen Bevölkerung im Saargebiet, wurde die Ruhe des Feiertages durch den Lärm der großen Feldübungen des französischen Militärs gestört.

Die erschreckend große Wohnungsnot im Saargebiet wird gelindert werden, wenn die zahlreichen, zum Teil rücksichtslos vom Militär beschlagnahmten Privatwohnungen wieder freigegeben und die Kasernen der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Gewalttätigkeiten französischer Soldaten sind bisher zehn Saarländer getötet worden. Es ist klar, daß die französische Regierung, die das Militär zu Unrecht im Saargebiet beläßt und mit Waffen ausstattet, für alle entstandenen Schäden haftbar ist. Es ist dabei vollkommen gleichgültig, ob die französischen Soldaten sich im oder außer Dienst befanden, — sind doch auch bei Gewalttätigkeiten, die in Deutschland von Zivilisten gegen französische Staatsangehörige begangen wurden, von der deutschen Regierung hohe Entschädigungen eingetrieben worden. Bis heute hat jedoch im Saargebiet keine einzige Schadenersatzforderung gegen das französische Militär eine befriedigende Lösung gefunden. Dabei handelt es sich um Fälle, in denen saarländische Familien infolge der vorgetretenen Tötungen in große Not geraten sind. Hierbei hat die Abteilung des Innern und des Außern, deren maßgebende Stellen Franzosen anvertraut sind, jede tatkräftige Vertretung der Interessen der geschädigten Saarländer gegenüber der französischen Militärverwaltung vermissen lassen. Sie hat sich darauf beschränkt, die Ablehnungsgründe des französischen Kriegsministers den betreffenden Personen und Familien mitzuteilen. Auch hierbei sieht man wieder, wie sehr die Vertretung der Saarbevölkerung gegenüber Frankreich versagt.

Während nach § 30 des Saarstatuts jeder Militärdienst — auch der freiwillige — im Saargebiet verboten ist, werden unter den Augen des französischen Präsidenten der

Regierungskommission und des französischen Direktors der Obersten Polizeiverwaltung von französischen Offizieren in einem Gebäude der französischen Garnisonstruppen (in Saarbrücken, Vorstadtstraße 42) dauernd Saarländer, sogar Minderjährige, gegen den Willen ihrer Eltern.

zum Eintritt in die französische Fremdenlegion verführt

und nach Afrika deportiert. Zweifellos handelt es sich hierbei um das Verbrechen der Entführung minderjähriger Personen. Die Ahndung dieses Verbrechens müßte nach der Verordnung der Regierungskommission vom 28. Juni 1921 durch französische Kriegsgerichte erfolgen. Da bisher keine Bestrafung erfolgt ist und sich in neuerer Zeit solche Verbrechen immer mehr häufen, ist es erforderlich, daß auch das französische Militär bei Vergehen und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung für die Dauer seiner Anwesenheit im Saargebiet den ordentlichen Gerichten des Saargebietes unterstellt wird. Nur auf diese Weise kann ein Schutz der Zivilbevölkerung gegenüber Übergriffen des französischen Militärs gewährleistet werden.

Aus den dargelegten Gründen bitten wir den Hohen Rat des Völkerbundes, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß

1. die Werbetätigkeit des französischen Militärs im Saargebiet für die französische Fremdenlegion wirksam unterbunden wird und daß die Entführten unverzüglich ihren Angehörigen zurückgegeben werden;
2. alle Schadenersatzforderungen gegen Angehörige des französischen Heeres wegen Tötung oder Verletzung von Saarländern sofort eine befriedigende Lösung finden;
3. die französischen Truppen für die Dauer ihrer Anwesenheit im Saargebiet bei allen Vergehen und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung den französischen Kriegsgerichten entzogen und den ordentlichen Gerichten des Saargebietes unterstellt werden;
4. nunmehr endgültig ein baldiger Termin bestimmt wird, an dem das französische Militär samt und sonders das Saargebiet zu räumen hat.

Hiernach würde der Hohe Rat des Völkerbundes dem friedlichen Nebeneinanderwohnen zweier großer Völker einen unschätzbaren Dienst erweisen und dazu beitragen, daß der heute bestehende Eindruck verschwindet, daß das Saargebiet wie eine französische Kolonie verwaltet wird.

Saarbrücken, den 6. August 1924.

Die Fraktionen des Landesrates des Saargebietes:

Zentrumspartei:

Levaßer.

Sozialdemokratische Partei:

Dr. Sender.

Deutsch-Saarländische Volkspartei

(Bereinigte Liberale und Demokratische Partei):

Schmelzer.

Der Denkschrift liegen folgende Anlagen bei:

Anlage 1.

Die Opfer des französischen Militarismus im Saargebiet.

1. Im April 1919 wurde die Studentin Fräulein Schnur aus Bildsied von einem unbekannt gebliebenen französischen Soldaten überfallen, vergewaltigt und mit dem Seitengewehr getötet.

2. Der Arbeiter Christian Ries aus Gersweiler ging an einem Sonntag im Mai 1919 mit seiner Frau auf sein Feld. Ein marokkanischer Soldat schoß ihn ohne jede Veranlassung nieder.

Der Getötete hinterließ mehrere Kinder, davon zwei minderjährige. Der französische Kriegsminister bewilligte zunächst eine Entschädigung von 927 Franken, verweigerte aber ihre Auszahlung und verwies die Witwe und ihre Kinder an die deutsche Regierung.

3. Während der Oktoberunruhen 1919 hatte das französische Militär in St. Arnual einen Maschinengewehrposten aufgestellt. Durch Leichtfertigkeit der Soldaten trat ein ein Maschinengewehr in Tätigkeit und traf eine Anzahl harmloser Passanten.

Christian Friedrich Walter, ein Familienvater aus St. Arnual, starb an den Folgen eines Bauchschusses am nächsten Tage.

Heinrich Gerten aus St. Arnual, der Hauptnährer seiner kranken Eltern und von vier Schwestern, starb nach 99tägigem qualvollen Leiden.

Wilhelm Meyer aus St. Arnual wurde schwer verletzt, war vier Monate erwerbsunfähig und ist auch heute noch in seinem Erwerb beschränkt.

Im Falle Walter hat der Kommandierende General der französischen Saartruppen eine Entschädigung abgelehnt und die

Hinterbliebenen an die Stadt Saarbrücken verwiesen. Die damalige Leitung der Justizverwaltung hat anscheinend gar nicht den Versuch einer Vertretung der Interessen der Hinterbliebenen des getöteten Saarländers gemacht, denn der französische Kriegsminister hat jetzt durch das Anerbieten einer Entschädigung von 10 800 Franken die Ersatzpflicht grundsätzlich anerkannt. Dieses Anerbieten ist von verletzender Geringsfügigkeit angesichts der Tatsache, daß der französische Staat von der Stadt Saarbrücken für die zur gleichen Zeit angeblich durch einen Zivilisten erfolgte Tötung eines französischen Chasseurs eine Entschädigung von 80 000 Franken gefordert hat. Es muß verlangt werden, daß ein saarländischer Familienvater mindestens ebenso hoch bewertet wird wie ein lediger französischer Soldat.

Im Falle Gerten dagegen, der völlig gleich gelagert ist, hat die französische Militärbehörde den Schadenersatzanspruch abgelehnt und die betagten Eltern des Getöteten an die Stadt Saarbrücken verwiesen. Die Abteilung des Innern der Regierungskommission hat anscheinend nichts getan, um den Interessen der Hinterbliebenen Geltung zu verschaffen.

Im Falle Meyer hat der Direktor der Justizverwaltung der Regierungskommission lediglich den ablehnenden Bescheid der französischen Militärverwaltung weitergegeben.

4. Weiter sind während der Oktoberunruhen 1919 folgende Personen getötet worden, die sich auf dem Heimwege von der Arbeit befanden:

Postauschelfer Wilhelm Kriebel aus Böttlingen, der einzige Ernährer seiner Mutter;

Schiffseher Peter Schneider aus Saarbrücken, der seine Witwe und ein minderjähriges Kind hinterließ;

Eisenbahnschaffner Hermann Mahler aus Saarbrücken, der ebenfalls seine Witwe und ein minderjähriges Kind hinterließ.

5. In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober 1921 wurde der Kaufmann Otto Jennwein aus Saarbrücken durch einen marokkanischen Unteroffizier ohne jeden Anlaß meuchlings erschossen. Er hinterließ seine Witwe und fünf noch minderjährige Kinder. Der kommandierende General der Saartruppen hat eine Entschädigung mit der Begründung abgelehnt, daß der Täter sich bei Ausübung der Tat außer Dienst befand. Er hat anheimgegeben, daß die Hinterbliebenen ihre zivilrechtlichen Ansprüche gegenüber dem Mörder geltend machen. Wie soll dies geschehen, da der Täter mittellos ist und zudem gegenwärtig seine Strafe in einem französischen Gefängnis verbüßt?

6. Am 3. Januar 1924 hat ein französischer Sergeant in Sulzbach den Klempner Friedrich Müller erschossen und den Friseur Eugen Mayer verletzt. Müller hinterläßt seine Frau und zwei minderjährige Kinder. Die Schadenersatzansprüche sind geltend gemacht; bisher ist noch nicht einmal eine Antwort erteilt worden.

7. Am 3. Juni 1924 spielten eine Anzahl Kinder auf dem Militärübungsplatz bei Fraulautern, der von französischen Truppen benutzt wird. Die Kinder fanden eine Handgranate, die explodierte. Es wurde dadurch das Kind Josef Winter aus Fraulautern getötet und dem Kinde Josef Mittermüller aus Fraulautern die linke Hand abgerissen.

Der kommandierende General der französischen Saartruppen lehnt eine Entschädigung ab, weil das Betreten des Platzes der Bevölkerung verboten sei, was weder bekannt noch durch Warnungstafeln angezeigt ist, und es sich um eine deutsche Handgranate handele. Letzteres ist unerwiesen; zudem hat das deutsche Militär das Saargebiet vor fast sechs Jahren verlassen. Selbst wenn eine deutsche Handgranate liegen geblieben wäre, trifft doch das französische Militär wegen grober Fahrlässigkeit die volle Verantwortung. Im übrigen hat französisches Militär auf diesem Platz wiederholt zurückgebliebene deutsche Munition gesprengt.

Anlage 2.

Werbungen für die französische Fremdenlegion.

In Saarbrücken, Vorstadtstraße 42, befindet sich ein Werbebureau der französischen Fremdenlegion. In der Mehrzahl der nachstehenden Fälle ist die Anwerbung dort erfolgt.

Aus St. Ingbert wurde am 6. Juni 1924 angeworben der 24 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Moses. Die Anwerbung von vier weiteren Saarländern, die zum Teil minderjährig waren, wurde vereitelt.

Aus Hüttersdorf wurden im April 1924 angeworben: der 19jährige Eduard Ernst; der 18jährige Josef Krämer und der 18jährige Otto Leidinger, alle drei minderjährig.

Leidinger, der jetzt aus Afrika zurückgekehrt ist, bekundet, daß in seine und seiner Kameraden Papiere falsche Altersangaben eingefügt wurden.

Aus Wehrden wurden angeworben: im Dezember 1923 der 19jährige Ferdinand Fries; im September 1920 der damals 20jährige Wilhelm Grein; im Mai 1919 der 21jährige Nikolaus Klinkert; im Januar 1922 der damals 20jährige Josef Thielen; im Februar 1922 der damals 20jährige Paul Köhler; im Februar

1924 der 23jährige Johann Peter Jost; im August 1923 der 19jährige Johann Lind; im Jahre 1921 der 25jährige August Klaffen.

Aus Böttlingen wurden angeworben: im Februar 1922 der 22jährige Wilhelm Silberad; im Mai 1924 der 20jährige Karl Weiß und gleichzeitig der 28jährige Emil Christmann.

Aus Oberböttlingen wurden angeworben: im Februar 1922 der damals 20jährige Hans Brandt; im Februar 1923 der damals 19jährige Heinrich Fecht; im Jahre 1920 der damals 19jährige Friedrich Scherer.

Ferner wurden angeworben: im Juni 1923 der damals 18jährige Schlosser Halberg aus Altkessel; im April 1923 der damals 19jährige Otto Seiler aus Merzig und andere mehr.

Wie die Saarregierung für Beibehaltung der französischen Besatzung kämpft.

Unterm 16. Juli hat der Präsident der Regierungskommission folgenden außerordentlich bezeichnenden Brief an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet:

Herr Generalsekretär!

Durch Schreiben vom 5. Juni 1924 (3/36 349/10 956) haben Sie an die Regierungskommission ein Schreiben vom 30. Mai 1924 nebst Uebersetzung des Reichsministers für Auswärtige Angelegenheiten in Berlin gerichtet betr. die Anwesenheit der französischen Truppen und die Entwicklung der örtlichen Gendarmerie im Saargebiet. Sie ersuchen die Regierungskommission, sämtliche diese Angelegenheit betreffende Bemerkungen dem Völkerbundsrat zu unterbreiten.

Die Regierungskommission hat von dem erwähnten Schreiben des Herrn Dr. Stresemann Kenntnis genommen und mich nach erfolgter Beratung beauftragt (hat sich diesem Auftrag auch das saarländische Mitglied angeschlossen? D. R.), folgende Bemerkungen zu machen:

Die Frage betr. die Anwesenheit der französischen Garnisonstruppen und Entwicklung der Gendarmerie im Saargebiet ist bereits verschiedentlich dem Völkerbundsrat und der Regierungskommission unterbreitet worden. Die Regierungskommission hat den seitens des Völkerbundsrats betr. diese Angelegenheit angenommenen Entschlüssen stets Rechnung getragen. Sie hat bereit in verschiedenen an den Rat gerichteten Schreiben die Gründe betont, welche die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet rechtfertigen, sowie die Notwendigkeit unterstrichen, stets und an Ort und Stelle über genügend Bestände verfügen zu können. Sie hat insbesondere den im Schreiben vom 22. September 1922 enthaltenen Betrachtungen nichts hinzuzufügen und wäre dem Rate zu Dank verpflichtet, sollte dieser auf dieses Schreiben Bezug nehmen wollen.

Ohne auf die im Schreiben vom 22. September 1922 enthaltenen Einzelheiten zurückkommen zu wollen, legt die Regierungskommission Wert darauf, die Schwierigkeiten zu unterstreichen, mit welchen man praktisch bei der Entfaltung der Gendarmerie zu kämpfen hat, und die andererseits nicht gestatten, wie es in der deutschen Note gewünscht wird, einen Zeitpunkt festzusetzen, von welchem an die örtliche Gendarmerie allein Ruhe und Ordnung aufrechterhalten würde.

Um ohne die Mitwirkung der Garnisonstruppen die Sicherheit der Personen und Güter im Saargebiet nicht ersten Gefahren auszuliefern, müßte die Regierungskommission über ungefähr 4000 Mann verfügen können. Schließlich könnte man, wie ich bereits anführte, diese Zahl auf 3000 herabsetzen; es wäre jedoch unmöglich, weiter zu gehen, da diese Zahl als das Minimum angesehen werden muß. Es bliebe, vorausgesetzt, daß im Falle einer ersten und längeren Krise diese Zahl, wie es der Rat am 18. Februar 1920 vorsah, durch Streitkräfte von außerhalb verstärkt werden könnte.

Selbst wenn man mit 3000 Bewerbungen im Saargebiet rechnen kann, so muß die Regierungskommission sich doch fragen, ob sie innerhalb eines kurzen Zeitraumes eine gründlich organisierte Gendarmerietruppe aufstellen könnte, die in allen Fällen die Ordnung aufrechterhalten würde und ob sie bereits jetzt schon einen Zeitpunkt hierfür in Aussicht nehmen könnte.

Die Gendarmen müssen Saarländer sein, da die im Friedensvertrage vorgesehene Gendarmerie eine örtliche Gendarmerie sein muß. Die bereits eingestellten Gendarmen oder die Bewerber sind entweder Arbeiter oder uniere Angestellten oder frühere Berufssoldaten oder Unteroffiziere. Die meisten gehörten verschiedenen Arbeiterverbänden an; meistens sind es die Söhne oder Brüder von Arbeitern, welche in Gewerkschaften sind. Sie sind ganz

eng mit dem sozialen und politischen Leben verknüpft, und da das Saargebiet sehr klein ist, besteht nicht, wie in größeren Ländern, die Möglichkeit, sie fern von ihrem Geburtsort aufzustellen, wo sie dem Einfluß der Familie, ehrbaren Kameraden und ihrer Klassengenossen entzogen wären. Nirgends sind die Schwierigkeiten und Gefahren einer örtlichen Anwerbung größer als im Saargebiet. Mag das Vertrauen, welches die Regierungskommission in der örtlichen Gendarmerie hat, noch so groß sein, so kann sie nicht umhin, den besonderen Umständen, unter welchen die Anwerbung erfolgt, Rechnung zu tragen.

Andererseits, wie dem die seitens der Regierungskommission ergriffenen Maßnahmen auch seien, die Erfahrung lehrt, daß es unmöglich ist, jährlich mehr als fünfhundert Gendarmen auszubilden. Es ist dringend notwendig, diese Gendarmen, welche aus höchst verschiedenen Kreisen stammen oder deren früherer Beruf sie in vielen Fällen wenig auf diesen Posten vorbereitete, einer gründlichen und gediegenen Ausbildung zu unterziehen. Für die zur Verfügung stehenden Mittel scheint die jährliche Ausbildung von 500 Gendarmen ein Maximum.

Die Werbung wird sich übrigens immer schwieriger gestalten! Die Gendarmen fragen sich bereits, welches ihr Los nach 1935 sein wird. Die Ungewißheit hält viele Anwärter ab.

In finanzieller Hinsicht erfordert die Unterhaltung von 3000 Personen eine jährliche Ausgabe von 50 Millionen Franken. Für 1924 beträgt der Gesamtetat des Saargebietes Fr. 182 Millionen. Die für die Gendarmerie vorgesehenen Kredite betragen 12 500 000 Franken. Die Regierungskommission ist nicht in der Lage, anzugeben, wann die Finanzlage des Saargebietes, einen beinahe 1/4 des Gesamtetats ausmachenden Betrag für die örtliche Gendarmerie vorzusehen, zulassen wird.

Die vorangehenden Betrachtungen verfolgen keinen anderen Zweck als die Verwirklichung der durch die Note der deutschen Regierung aufs neue angeschnittenen Frage sowie die Schwierigkeiten, mit welchen die Regierungskommission bei der Bildung der örtlichen Gendarmerie zu kämpfen hat, darzulegen.

Andererseits wird der Rat bestimmt einsehen, daß die Regierungskommission alle Anstrengungen gemacht hat, um den seitens des Rates geäußerten Wünschen betreffs die Entwicklung der örtlichen Gendarmerie nachzukommen. Bei der letzten Session hat der Rat in einer Entschliessung seine Zufriedenheit zum Ausdruck gebracht, die Regierungskommission habe den Willen gezeigt, die Entwicklung der örtlichen Gendarmerie im Verhältnis der zur Verfügung stehenden Mittel zu betreiben. Trotz ihres Willens, die durch den Rat erteilten Richtlinien zu befolgen, ist es ihr nicht möglich, wie es die deutsche Regierung wünscht, die Verpflichtung einzugehen, zu einem im voraus bestimmten Zeitpunkt die Bildung einer starken Gendarmerietruppe vollendet zu haben, um die Zurückziehung der Garnisonstruppen zu ermöglichen. gez. Kault.

Also Herr Kault will nicht. Das bezeugt jedes seiner höflich gehaltenen Worte. Die Verdächtigungen, die er vorsichtig gegen die Zuverlässigkeit der Saarländer als Ordnungsorgane anbringt, bestätigen nur diesen schlechten Willen des Herrn Kault. Eines muß gefragt werden: War Herr Kault berechtigt, diese Ausführungen, die durch die obige Denkschrift der politischen Parteien glänzend widerlegt werden, auch im Namen des saarländischen Regierungsmitgliedes zu machen?

Kleine Tageschronik.

Am 7. August ging über Saarbrücken ein furchtbares Gewitter nieder, das große Störungen im Fernsprechnetz zur Folge hatte. In der Stadt selbst waren ungefähr 300 Anschlüsse gestört. Die großen Fernsprechanlagen nach Frankfurt, Mannheim, Köln, Stuttgart und München sowie nach Mex., Nancy und Paris waren ebenfalls unterbrochen. Im Laufe des Nachmittags konnten die Verbindungen mit dem Osten wieder aufgenommen werden, die Störungen in den Fernsprechnetzen nach dem Westen dauerten jedoch länger. Der mit dem Gewitter verbundene Gewitterregen richtete besonders im ganzen Röllertale schweren Schaden an. Viele Obstbäume wurden beschädigt und das halbreife Obst heruntergerissen. Die Dächer wurden z. T. schwer beschädigt. — Dem Ingenieur Johannes Michel aus Maunde bei Meggen an der Lenne (Westfalen), einem gebürtigen Saarländer, ist es gelungen, eine Maschine zum Herstellen von Voll- und Hohlwänden aus formbaren Baustoffen, beziehungsweise Schlackenbeton ohne vorhergehende Verschalung zu konstruieren. Nach Stimmen aus Fachkreisen wird durch diese Erfindung das Bauen wesentlich vereinfacht und verbilligt. Ferner können auch Schlackensteine oder dergleichen durch die Maschine hergestellt werden. Auf die Erfindung ist bereits erteilt.

Fürstenhausen-Fenne. In einem der großen Lagerschuppen der Fenneer Glashütte brach ein Großfeuer aus, das den Schuppen in kurzer Zeit in Asche legte. Die Entstehungsursache ist nicht bekannt. Der Schaden ist sehr bedeutend und wird auf etwa 80 000 Fr. geschätzt.

Behrden. Der Leiter der Fahrt „Rund um die Welt per Rad“, Julius Nölle, mußte infolge einer schweren Operation in Linz (Österreich) zurückbleiben. Die ihn begleitenden Radfahrer haben daher ohne Nölle die Weisfartfahrt angetreten.

Die Weltumradler haben folgenden Reiseplan aufgestellt: Die ersten beiden Routen: Wehrden, Völklingen, Trier, Koblenz, Bonn, Köln, Dortmund, Münster, Osnabrück, Bremen, Hamburg, Berlin, Leipzig, Dresden, Prag haben die Weltbummler bereits erlebt. Von Prag gehts nach Bagdad, Kalkutta, Bombay (Indien); von Bombay ist Ueberfahrt nach Australien vorgesehen. Diese Strecke wird die schwerste sein und muß mehr zu Fuß als per Rad zurückgelegt werden. Von Australien geht es mit dem Schiff nach Südamerika, dortselbst beginnt die größte Landfahrt, welche nach Mittelamerika bis Nordamerika führt. Von New York beginnt die Reise über den Ozean nach England, von England gehts weiter nach dem schönen Spanien, von dort nach Frankreich, Italien, durch den Balkan nach Österreich-Ungarn zurück nach Deutschland. Die Reise nimmt 3 bis 4 Jahre in Anspruch, und die Kosten der Reise belaufen sich auf 100 000—120 000 Franken, welche durch Kartenverkauf, Reisevorträge usw. aufgebracht werden müssen.

Ottenshausen. Der pensionierte Bergmann und Kassenbote Ludwig Oster von hier stürzte beim Obstpflücken vom Baume. Er zog sich so schwere innere Verletzungen zu, daß er bald darauf im Knappschaftslazarett Völklingen verstarb.

Muersmacher. Infolge Berührung mit elektrischem Strom kam der 18 Jahre alte Schlosser Friedrich Halbgewachs von hier ums Leben. Der Unglückliche wollte eine Glühbirne aus einer im Stall befindlichen Traglampe herausnehmen und kam hierbei in dem an und für sich feuchten Stalle anscheinend in den Stromkreis und mußte so sein junges Leben einbüßen.

Bischofsheim. Die hiesige evangelische Kirche ist am 3. August 1824 eingeweiht worden, deshalb feierte die Gemeinde am Sonntag, den 3. August das 100 jährige Gedächtnis der Kirchweihe. Als nach den Freiheitskriegen die Grafschaft Saarbrücken auf Wunsch der Bewohner zu Preußen gekommen und Ruhe und Frieden wiedergekehrt waren, wurden Presbyterium und Gemeinderat vorstellig wegen Ausführung des notwendigen Kirchbaues. Durch Fällung von hochstämmigem Holz in den Gemeindegewaldungen, Versteigerung des vorher unentgeltlich an die Bürger abgegebenen Brennholzes, Verkauf von 20 Morgen Gemeindegelände auf Wurmfallshübel, sowie durch ein Gnadengeschenk des Königs in der Höhe von 1200 Talern und freiwillige Gaben der Gemeindeglieder kamen die Mittel zusammen, so daß man endlich 1822 zum Neubau einer Kirche schreiten konnte. Den Bauplan lieferte die Oberbaudeputation zu Berlin. Der Grundriß der Kirche ist ein regelmäßiges Achteck. Baumeister Knipper zu Saarbrücken übernahm die Ausführung für 8000 Taler. Die Orgel, welche 1886 durch eine neue ersetzt worden ist, lieferte Orgelbauer Dees, daselbst für 729 Taler. Am Geburtstag König Friedrich Wilhelms III., am unter zahlreicher Beteiligung der Nachbargemeinden die Einweihung. Am 3. August 1824, vollzog Superintendent Hilbrand aus Saarbrücken die Einweihung. Die gesamten Baukosten beliefen sich auf 9541 Taler, 25 Silbergroschen.

Güchenbach. Bei einem Wortwechsel wurde der Sohn des Zimmermeisters Groh von hier von einem jungen Burken aus Heusweiler namens Sch. mit einem Messer so schwer verletzt, daß der Tod bald eintrat. Der Getötete war an dem Wortwechsel völlig unbeteiligt. Der Täter ist der Bergmann Joh. Schwarz aus Heusweiler; er wurde verhaftet. Der Verstorbene war 22 Jahre alt und als ein fleißiger, braver Mensch bekannt.

Holz. Nach einem kurzen Wortwechsel verletzte der Gipsermeister Scherer den Schwiegersohn der Witwe Krämer, namens Bimmermann, in der Wirtshauskrämer durch drei Revolver-schüsse so schwer, daß er bald danach verschied. Bimmermann ist aus Gelsenkirchen und wollte in Holz seine Ferien verbringen.

Bettingen b. Pösch. Infolge einer unsinnigen Weite gerieten hier zwei Arbeitskollegen in Streit, die zu einer Messerschere führten. Dabei verletzte der Arbeiter Weiß den 21 jährigen Bergmann Floß derart, daß letzterer seinen Verletzungen im Krankenhaus erlegen ist. Der Täter wurde verhaftet.

Eiweiler. Am 15. d. Mts. beging die Witwe Eid geb. Türl ihren 102. Geburtstag. Die alte Frau, die sich trotz des hohen Alters noch der besten Gesundheit erfreut, dürfte die älteste Person im Saargebiet sein.

Güttelborn. Arbeiter des Kraft- und Wasserwerks waren damit beschäftigt, eine neue elektrische Leitung zu legen. Bei diesen Arbeiten geriet plötzlich ein Draht auf die 10 000 Volt starke Hochspannungsleitung, wobei der Monteur Barbian aus Saarbrücken einen derartigen Schlag erlitt, daß er tot vom Raste herunterstürzte. Die anderen Arbeiter kamen mit leichteren Verletzungen davon und wurden nach dem Fischbach-Krankenhaus gebracht.

Dudweiler. Das neue Schwimmbad der Gemeinde Dudweiler ist kürzlich seiner Bestimmung übergeben worden. Damit sind endlich die Wünsche und Hoffnungen der Bade- und Schwimmfreudigen in Erfüllung gegangen und man weiß der Gemeinde Dank für diese wahrhaft soziale Tat.

Neunkirchen. Das Eisene Kreuz I. Klasse wurde verliehen dem ehemaligen Gefreiten in der ehem. 1. Kompanie des 2. Garde-regiments zu Fuß, Gustav Kunz, Sohn des Maschinenführers Philipp Kunz, hier, Schloßstraße 19. Kunz gehörte seinerzeit zu der freiwilligen Gewaltpatrouille „Hubertus“. — Neunkirchen zählte Ende Juli 40 026 gegen 40 012 Einwohner zu Anfang des Monats.

St. Wendel. Auf ein hundertjähriges Bestehen kann im Oktober d. J. das Gymnasium St. Wendel, eine der besten Lehranstalten des Saargebietes, zurückblicken.

Saarlouis. Von Ratten angebissen und übel zugerichtet wurde das 3-4 Monate alte Kind eines hiesigen Mitbürgers. Die Verletzungen, die das Kind an Gesicht und Händen davontrug, führten zu seinem baldigen Tod.

Personalnachrichten.

Ortsvorsteher Landwirt Philipp Schmeer, Bischmisheim. Aus einer reichgelegneten Arbeit wurde der langjährige Ortsvorsteher der Gemeinde Bischmisheim, Landwirt Philipp Schmeer, unerwartet abberufen. Der Verstorbene war im ganzen Saargebiet eine bekannte und hochgeachtete Persönlichkeit. Ein aufrechter lerndeutscher Mann, ein fester Charakter, stellte Schmeer sein reiches Wissen selbstlos und uneigennützig in den Dienst der Allgemeinheit. In den landwirtschaftlichen Organisationen, der Lokalabteilung, der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und der Freien Bauernschaft war er seit Jahren eifriger Mitarbeiter und bekleidete die verschiedensten Ehrenämter. In der Gemeinde- und Bürgermeisterversammlung, im Kreistag, Kreisausschuß usw., überall war er ein reger, sachlicher Mitarbeiter, dessen Urteil etwas galt.

Personalveränderungen bei der Finanzdirektion. Ernannt sind: Oberregierungsrat Scheib zum Ministerialrat, Regierungsrat Teupel zum Oberregierungsrat, Regierungsinспектор Wagner zum Ministerialsekretär, die Ministerialsekretäre Pich und Jurkowski zu Ministerialamtmännern. Zu Obersteuersekretären: die Steuersupernumerare Johann Schuler, Wilhelm Dießburg, Guido Mayer, Gustav Augustin, beim Finanzamt Saarbrücken-Stadt; der Steuersupernumerar Nikol Kahl beim Finanzamt Saarbrücken-Land; die Steuersupernumerare Karl Scheinmann, Paul Zimmer, Ludwig Zimmermann, Adolf Zimmermann beim Finanzamt Neunkirchen; die Steuersupernumerare Albert Müller, Alois Schwarz beim Finanzamt Saarbrücken; die Steuersupernumerare Ewald Gänzel, Waldemar Glidinger beim Finanzamt St. Ingbert; der Steuersupernumerar J. Prüm beim Finanzamt Völklingen; der Steuersupernumerar Jul. Ambros beim Finanzamt Bliestal; die Steuersupernumerare Nikolaus Warken, Johann Konz beim Finanzamt Merzig. Zum Steuerassistenten der Militärämter Peter Wahrheit beim Finanzamt Sulzbach. Ausgeschieden sind die Obersteuerinspektoren Lips und Feldhuber, die Steuerinspektoren: Dr. Beh, Lange, König und Guthörl, der Obersteuersekretär Wagner. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist bewilligt: dem Ministerialrat Dr. Walter Hoffeld, dem Oberregierungsrat Dr. Werner und dem Leiter des Finanzamtes Saarbrücken-Stadt Oberregierungsrat Dr. Kendschmidt zum 1. Oktober.

Aus der Schulverwaltung. Zum Nachfolger des zum Kreis-schulrat berufenen Direktors Steeg wurde der älteste evangelische Klassenlehrer Hufsch gewählt. — Oberlehrer Hamme, der auf eine langjährige Dienstzeit in Neunkirchen zurückblickt, ist aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand getreten.

Veteranen des Handwerks. Aus Anlaß ihres 60 jährigen Berufsjubiläums wurden vom Vorstand der Handwerkskammer im ersten Halbjahr 1924 an folgende Handwerksmeister Ehrenurkunden überreicht: Schmiedemeister Johann Babel-Ensheim; Glasermeister Friedrich Schwan-Saarbrücken 3; Bäckermeister Peter van der Werth-Merzig; Wagnermeister Jakob Groß-Sohweiler; Schreinermeister Karl Lampert-Saarbrücken; Schmiedemeister Nikolaus Weber-Silwingen; Schmiedemeister Johann Gärten-Mondorf; Schuhmachermeister Michael Motsch-Rubenheim; Klempnermeister Fritz Rehinger-Heusweiler; Damenschneidermeisterin Frau Barbara Dimel-Saarlouis; Schuhmachermeister Stephan Zimmermann-Neunkirchen-Wellesweiler.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Johann Brutscher und Frau Maria geb. Spang in Saarbrücken, Karlstraße 10, Joseph Dompobst und Elisabeth geb. Kleinpeter in Bliestal und Schmidt-Kirsch in Hüttigweiler.

Todesfälle. Frau Wwe. Phil. Karoline Freis, geb. Hoffmann, 72 Jahre; Friesenmeister Emil Grein, 44 Jahre; Friedrich Wilhelm Fellenz, 87 Jahre; Wwe. Amalie Schulz, geb. Escher, 64 Jahre; Gendarmen-Oberwachmeister i. R. Christian Wehner, 70 Jahre; Frau Witwe Joh. Hemmers-

dorfer, geb. Erdmenger, 63 Jahre; Polizeidirektor Julius Roda, 49 Jahre; Oberzugführer i. R. Peter Jung; Fahrsteiger i. R. Eduard Albrecht, 76 Jahre; Pensionär Jakob Roland, 82 Jahre; Jakob Staub, 53 Jahre; Frau Wilhelmine Jung, geb. Müller, 65 Jahre; Schaffner Adolf Ruppenthal, 51 Jahre; Wwe. Dorothea Beder, geb. Fröhlich, 87 Jahre; Kaufmann Otto Schröder, 43 Jahre; Frau Klara Grill, geb. Jacobs, 52 Jahre; Wwe. Philippine Wolf, verm. Holzerbaum, geb. Kopp, 67 Jahre; Kaufmann Eduard Georg Thomae, 57 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Gastwirt Peter Kiefer, 49 Jahre, in Brebach. — Vollziehungsbeamter Ludwig Oster in Ottenhausen. — Frau Lina Michler, geb. Reutler, 45 Jahre, in Ober-Völklingen. — Lehrer i. R. Friedrich Wilhelm Gemmel, 60 Jahre, in Kölln. — Christian Wilhelm, 76 Jahre; Frau Wwe. Karl Liskamm, geb. Henriette Kiefer, 66 Jahre; Friedrich Rudolf Harting, 48 Jahre; Frau Albert Fürst Elisabeth, geb. Latsch, 63 Jahre, sämtlich in Dudweiler. — Wwe. Jakobine Meyer, geb. Stumm, 84 Jahre, in Elversberg. — Frau Daniel Eyer, geb. Katharina Gräber, 64 Jahre, in Sulzbach, Saar. — Obersichtmeister a. D. Peter Rinzer, 63 Jahre, in Heinitz. — Frau Henriette Meng in Wellesweiler. — Wwe. Andreas Weintraub, geb. Kunz, 73 Jahre; Frau Maria Hohmann, geb. Volz, 65 Jahre; Hüttenarbeiter Johann Bades, 23 Jahre; Georg Weirich, 66 Jahre; Frau Wwe. Peter Gebhardt, geb. Geimer, 68 Jahre; die Wwe. des Rgl. Materialiensteigers Wilhelm Kleinpeter Maria, geb. Bur, 55 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Frau Sophie Schiller, geb. Anshüh, 59 Jahre; Frau Katharina Reuter, geb. Stumm, 65 Jahre; beide in Welleskirchen. — Karl Fuhrmeister, 21 Jahre, in St. Ingbert. — Lehrer Theodor Lang, 23 Jahre, in Enschheim. — Anna Pauline Zelus, 19 Jahre, in Bous. — Joh. Beder-Tine, 74 Jahre, in Bedingen. — Frau Stationsvorsteher Wwe. August Dreier Angelika, geb. Leinen, 76 Jahre; Kellner Wilt Bell jun., 34 Jahre, beide in Saarlouis. — Frau Nikolaus Roth Johanna, geb. Speth, 38 Jahre; Bankbeamter Adolf Hedmann, 22 Jahre, beide in Fraulautern. — Bahnhofswirt A. Schwarz, 54 Jahre, in Mettlach. — Lehrerin a. D. Fr. Barb. Strauß, Mitglied der Marianischen Jungfrauenkongregation, 65 Jahre, in Hüttigweiler. — Lehrerin Fr. Maria Jakobs, 69 Jahre, in Wadern.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Kunstausstellung „Das Saarland“.

Die 11. Frankfurter Kunstmesse veranstaltet, wie bereits gemeldet, im Rahmen der Frankfurter Herbstmesse, die vom 21. bis 27. September stattfindet, in der Zeit vom 14. bis 28. September eine umfassende Schau über die Geschichte und die geographische und architektonische Gestaltung des Saarlandes, die durch eine Abteilung von Kunstwerken des saarländischen Gewerbesfleißes ergänzt werden wird. Außerdem wird die saarländische Künstlerenschaft, soweit sie nicht schon durch landschaftliche Darstellung vertreten ist, mit einer eigenen Ausstellung von Kunstwerken vertreten sein.

Alle Freunde des Saarlandes, soweit sie im Besitze von saarländischen Kunstwerken, Abbildungen und Urkunden sich befinden, werden gebeten, diese der Frankfurter Kunstmesse für die Ausstellung anzuvertrauen, die für Her- und Rücktransport alle Kosten übernimmt und für die pflegliche Behandlung während der Ausstellung jegliche Gewähr leistet. (Geschäftsstelle der Frankfurter Kunstmesse im Römer.)

Aus dem Partei- und Gewerkschaftsleben.

Eine Konferenz der Vertrauensleute evangelischer Arbeitnehmer des Saargebietes beschäftigte sich mit der Lage im Saargebiet. Nach einem Referat des Bezirksleiters Bid und einer anregenden Aussprache fand eine Entschließung allseitige Annahme, die sich zunächst mit der Schulfrage befaßt. Hier nehmen die Vertrauensleute der evang. Arbeitnehmer des Saargebietes mit Bedauern Kenntnis von den Ereignissen auf dem Gebiete des Schulwesens im Saargebiet. Die Konferenz stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß die Schulabteilung der Regierungskommission neben dem konfessionellen auch den deutschen Charakter der Schule unter allen Umständen und gegen alle Angriffe zu wahren hat. Von den politischen Parteien und insbesondere von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei wird erwartet, daß sie diese Forderung mit allen Kräften vertreten und durchsetzen werden. Weiter wird erneut die Forderung gestellt, daß in der Schulabteilung ein deutsch-evangelischer Schulmann die Interessen der positiv christlich denkenden evangelischen Eltern auf dem Gebiet des Schulwesens vertreten muß. In einem zweiten Teile beschäftigt sich die Entschließung mit der Wirtschaftslage. Hier lehnt die Konferenz eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der gesamten Arbeitnehmerschaft, besonders der saarländischen Schwerindustrie, die sich durch einen Lohnabbau ergeben müßte, unter allen Umständen ab.

Aus dem Saarbergbau.

Unfälle im Saarbergbau im Jahre 1923.

Im Jahre 1923 haben sich im Saarbergbau insgesamt 9158 Unfälle ereignet. Hiervon waren 47 tödlich, 183 hatten eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen, 4904 hatten eine Arbeitsunfähigkeit von 4 bis 13 Wochen, 4024 bis zu 4 Wochen zur Folge. Der „Saarbergknappe“, das Organ des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, bemerkt zu dieser Statistik: Die Unfalltabelle zeigt, daß auch das Jahr 1923, das praktisch infolge des Streikes nur 9 Arbeitsmonate hatte, wieder reich an Unfällen war. Legt man die Unfälle mit tödlichem Ausgange des Vorjahres, das 12 Arbeitsmonate hatte, zugrunde, dann ergeben sich für das Jahr 1923, wenn man 12 Arbeitsmonate annimmt, 62 tödliche Unfälle, was eine Vermehrung bedeutet. Die Klagen über Unfallvermehrungen häufen sich gerade in der letzten Zeit außerordentlich. Besonders häufen sich die Klagen von den Gruben, wo die sogenannten Pichhämmer zur Hereingewinnung der Kohle verwendet werden. Eine Quelle der Unfallhäufigkeit ist das niedrige Gedinge, bei dessen Festsetzung seitens der Verwaltung nicht die gehörige Rücksicht auf Flöz-, Gebirgs-, Transport- und sonstige Verhältnisse genommen wird. Der Zwang, trotz des schlechten Gedinges doch zu einem ausreichenden Lohn zu kommen, weil sonst der Hunger winkt, führt dazu, daß die Sicherheitsmaßnahmen nicht in genügendem Maße beachtet werden können.

Opfer französischen Raubbaues. Der Bergmann Jakob Schneider aus Eldersberg verunglückte auf Grube Heinich tödlich. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und vier unverjorgte Kinder. — Auf Schacht 3 der Grube Krenkwald wurde dem Bergmann David L. durch ein Lawri der Kopf zermalmt, so daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. — Auf der Grube St. Ingbert verunglückte der Bergmann Josef Weber tödlich. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. An derselben Stelle, wo Weber verunglückte, wurde vor zwei Jahren dessen Bruder von einem niederfallenden Stempel erdrückt. Die Witwe, deren erster Mann im Kriege fiel, wird allgemein bedauert. — Beim Abladen von Holz auf der Grube Louisenthal wurde der Bergmann J. Scholtes aus Viehen von einem Balken ins Genick getroffen, was den sofortigen Tod zur Folge hatte. Sch. war verheiratet und Vater von mehreren Kindern. — Auf Grube Püttlingen kam der Bergmann W. Taffner zwischen zwei Kohlenzüge und erlitt schwere Verletzungen an den Beinen. Er mußte ins Knappschaftskrankenhaus nach Völklingen gebracht werden.

Knappschaftliches vom Saarbergbau. Die Knappschaftsältesten aus den Vereinen St. Ingbert und Frankenholz beschäftigten sich auf einer Konferenz des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter mit den derzeitigen knappschaftlichen Verhältnissen. Die Mitteilung des Oberbergamtes Saarbrücken, wonach eine Zusammenlegung der Knappschaftsvereine innerhalb des Saargebietes geplant sei, fand allgemeine Zustimmung. Die Ältesten mit den Belegschaften sind jedoch der Ansicht, daß die kommende Reform eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Zustände bringen müsse. Anderenfalls würden die Belegschaften sich zu wehren wissen. Wenn Oberbergamt und Regierungskommission glauben, das Reichsknappschaftsgesetz aus allerlei Gründen im Saargebiet nicht einführen zu dürfen, bleibt es ihnen überlassen, etwas Besseres an dessen Stelle zu setzen. Der deutsche Bergbau hat, trotz seiner gewaltigen Belastung, auch die Ausgaben auf sich genommen, die ihm durch die Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes auferlegt werden. In Anbetracht dieser Tatsachen muß es auch im Bergbau des Saargebietes, der erheblich mehr an Freiheit genießt, möglich gemacht werden, invalide und kranke Arbeiter genügend zu unterstützen.

Zoll- und Passfragen.

Beachtet die Zollformalitäten!

Bei der zollamtlichen Behandlung der aus dem Zollauslande, namentlich aus Deutschland, im Saargebiet eingehenden Waren entstehen bei den saarländischen Zollstellen in letzter Zeit öfters dadurch Schwierigkeiten, daß die Waren seitens der Absender in den den Frachtbriefen beigegebenen Versenderdeklarationen nicht nach den französischen Zollbestimmungen deklariert sind. Die Eisenbahnzollstellen sind dann nicht in der Lage, einwandfreie Deklaration an den französischen Zoll abzugeben, sondern müssen erst langwierige Erhebungen anstellen, um vom Absender oder Empfänger der Ware die nötigen Unterlagen für eine richtige Deklaration zu erhalten. Dies führt nicht nur zu Erschwernissen und Verzögerungen im Eisenbahntransportgeschäft, sondern es entstehen durch das Stillager der Güter für die Interessenten in den meisten Fällen recht hohe Kosten an Stand- und Lagergeldern. Künftig besteht nun auch noch die Gefahr, daß im Falle unrichtiger, ungenauer oder unvollständiger Deklaration von den französischen Zollbehörden Zollstrafen verhängt werden. Um dies zu verhüten,

weisen wir im nachstehenden auf einige wichtige Bestimmungen hin, die von den zollausländischen Absendern unter allen Umständen eingehalten werden müssen. Solchen Empfängern, die mit den Bestimmungen des französischen Zolltariffs nicht genau vertraut sind, wird empfohlen, vor der Entsendung von Gütern bei den maßgebenden Stellen — Handelskammer, Zolldirektion, Zollstellen — Auskunft einzuholen. 1. Die Waren müssen bei der Einfuhr genau nach dem Wortlaut des französischen Zolltariffs deklariert werden; außerdem sind bei den einzelnen Warengattungen die Ordnungsnummern des französischen Zolltariffs anzugeben. Allgemeine Angaben über die Warengattung, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, werden als ungenügend angesehen und unter Umständen mit Zollstrafen belegt. 2. Besteht eine Sendung aus mehreren Packstücken, so muß jedes Packstück einzeln für sich deklariert werden, sofern nicht der Inhalt und das Gewicht sämtlicher Packstücke das gleiche ist. Enthält ein Packstück verschiedene Warengattungen, so muß jede Warengattung für sich aufgeführt werden; auch ist Reingewicht und Wert jeder einzelnen Warengattung anzugeben. Die Nummern der Reingewichte und Werte der einzelnen Gattungen müssen sich mit den in den beigegebenen Papieren — Ursprungszeugnisse, Bestimmungsausweis und dergleichen angegebenen Gesamtangaben und Werten — decken. 3. Die Deklaration muß ferner alle Angaben enthalten, welche für die Verzollung ausschlaggebend sind; es muß auch jeder besondere Umstand, der zu einer Zollermäßigung oder zur Zollbefreiung Anlaß geben kann, darin ersichtlich gemacht werden. Z. B. bei Kleie oder Mehl der Prozentsatz der Ausmahlung; bei Wein die Gradstärke; bei Holz die Länge und der Umfang vom Stammende; bei Eisen und Blechen die Dicke; bei Garnen die Fadenzahl.

Eintreisebestimmungen nach dem Saargebiet. Die Handelskammer für den Kreis Mannheim macht auf Grund der in der letzten Zeit vorgenommenen Verhaftungen von Saargebietseinschiffenden durch die Befähigungsbehörden auf die Verfügung Nr. 116 des kommandierenden Generals der Befähigungsstruppen vom 11. Mai 1924 aufmerksam. Darnach brauchen über 16 Jahre alte Personen, die eine ununterbrochene Durchreise mit der Eisenbahn durch das besetzte Gebiet ausführen wollen, aus dem unbesetzten Deutschland in ein Grenzland oder umgekehrt keinen Gesellschaften unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie bei der Einreise in das besetzte Gebiet auf ihren Paß und ihrem Personalausweis von der Kontrolldienststelle einen Tagessiegel setzen lassen, das 24 Stunden Gültigkeit hat. Dieser Stempel gibt dem Inhaber nicht das Recht, die Bahnhöfe des besetzten Gebietes zu verlassen. Eine solche Kontrolldienststelle befindet sich für unseren Bezirk am Brückenaufgang in Ludwigshafen (Brückenhäuschen) bzw. Bahnhof Ludwigshafen.

Saarkinder in Berlin.

Einer größeren Anzahl Schüler und Schülerinnen aus dem ferndeutschen Saargebiet, welche am Dienstag Berlin auf ihrer Durchreise zu ihrem Sommeraufenthalt berührten, ist Dank der Vermittlung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ein sehr schöner Empfang und eine dankenswerte Aufnahme in Berlin bereitet worden. Besonderer Dank gebührt dem Berliner Automobil-Club, welcher auf die Bitte des „Saar-Verein“ sich sofort bereit erklärte, sich der Kinder in weitestgehendem Maße anzunehmen. Von der Firma Karl A. Klein wurde den Kindern ein Auto zur Verfügung gestellt, auf dem sie die Hauptsehenswürdigkeiten der Reichshauptstadt Berlin in Augenschein nehmen konnten. In den Räumen des Automobil-Clubs wurde ihnen ein gastliches Mittagmahl an schön gedeckter Tafel gereicht, während jedes Kind von der Firma Coplay eine stattliche Schokoladenpende in Empfang nehmen konnte. Im Auftrage des „Saar-Verein“ begrüßte Herr Verleger Christian Barth (Berlin) als Saarbrücker Landsmann die Kinder und ihre Führer, indem er ihnen die Versicherung gab, daß das Herz aller Deutschen den treudeutschen Brüdern und Schwestern an der Saar in Treue entgegenschlägt und daß man fest davon überzeugt sei, daß das deutsche Saarnolk Treue um Treue zu halten wisse; dafür habe es seit dem Jahre der Abtrennung glänzende Beweise geliefert. Die Führer der Kinder dankten in bewegten Worten, indem sie auf die großen Verdienste, die die Organisation „Saar-Verein“ sich während ihres fünfjährigen Bestehens u. a. durch die gastliche Aufnahme zahlreicher Schüler auf ihren Fahrten durch das deutsche Vaterland erworben hat, hinwiesen. Im Saargebiet selbst erkenne man die Bedeutung des Bundes „Saar-Verein“ immer mehr, man wisse seine Bestrebungen zu schätzen und man würde ihm für all das, was er bis jetzt getan habe, heißen Dank wissen. Besonderer Dank gebührt aber dem Berliner Automobil-Club, dem man an der Saar das freundliche Entgegenkommen niemals vergessen wird.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

§ Der Saar-Verein, Ortsgruppe Frankfurt a. M., veranstaltete in der „Liederhalle“ einen Vortragsabend, für den der Vorsitzende des Gesamt-Saarvereins, Herr Oberlandesgerichtsrat Andres aus Raumburg, als Redner gewonnen war. In gut besuchtem Saale führte er die Entstehung und Gestaltung der staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse im Saargebiet, wie sie das Versailler Diktat veranlaßt hat, in klarem Vortrage den Zuhörern vor Augen und sagte etwa folgendes: Das an der Saar gelegene, das gesamte dortige Kohlenvorkommen einschließende Gebiet ist 2000 Quadratkilometer groß und wird von ungefähr 800 000 rein deutschen Einwohnern bewohnt. Nur in den Zeiten Ludwig XIV. und Napoleons I. ist es im ganzen 33 Jahre unter französischer Herrschaft gewesen, aber seine Kohlenvorkommen sind seit langem ein Ziel französischer Wünsche gewesen, die nur zum Teil in Versailles ihre Erfüllung gefunden haben; was an ihnen noch fehlt, sucht Frankreich jetzt mit Hilfe des Völkerbundes, dem das Gebiet bis 1935 unterstellt ist, zu erringen. Nach dem Sinn von Versailles soll Frankreich sich während dieser Zeit an der Saarkohle für seine Kriegsschäden schadlos halten, aber während es das Natürliche gewesen wäre, daß alsdann Deutschland in die ihm vorübergehend entzogene Ausübung seiner Herrschaft dort wieder eingesetzt würde, hat man von französischer Seite die Lüge aufgebracht, daß 150 000 im Saargebiet wohnende Franzosen eine Adresse an Clemenceau gerichtet und um ihre Vereinigung mit Frankreich gebeten hätten. Dabei gab es damals dort noch keine hundert Franzosen. Aber Wilson glaubte es, und so muß im Jahre 1935 die Saarbevölkerung abstimmen, ob sie deutsch bleiben, französisch werden oder einen besonderen Staat bilden will. Diese 15 Jahre nützt Frankreich nun in seinem Interesse gründlich aus. Die Regierungskommission, welche das Gebiet für den Völkerbund verwaltet, setzt sich aus einem Franzosen, einem Belgier, einem in Paris lebenden Dänen, einem Kanadier und einem Saargebietsbewohner zusammen und schwimmt, da auch das saarländische Mitglied bisher stets eine Persönlichkeit gewesen ist, die das Vertrauen der Saarbevölkerung nicht befehlen hat, völlig im französischen Fahrwasser. Sie läßt es geschehen, daß das Gebiet von mehreren tausend Mann französischen Militärs besetzt bleibt, während es nach den Versailler Bestimmungen nur eine örtliche, also deutsche Gendarmerie haben mußte, sie hat bestimmungswidrig allgemein die Frankenherrschaft eingeführt, den Schutz der Saarbevölkerung im Auslande Frankreich anvertraut, das solchen Schutz deutscher Saarbevölkerung sogar Deutschland selbst gegenüber geltend zu machen versucht hat, sie hat die vorgeschriebene parlamentarische Vertretung der Bevölkerung illusorisch gemacht, anfänglich, indem sie ganz selbstherrlich regierte, nach Einführung des gewählten Landrats, indem sie sich um seine Beschlüsse überhaupt nicht kümmerte, so daß diese Körperschaft es für unter ihrer Würde erklärte, sich zu den vorgelegten Gesetzesentwürfen überhaupt zu äußern. Ganz besonders unheilvoll ist ihr Einfluß auf dem Gebiet der Schule. Aus der Bestimmung, daß für die Kinder der in die französisch gewordene Bergwerksverwaltung eintretenden Franzosen französischer Schulunterricht gestattet sein sollte, wurde die Vorschrift, daß die französischen Schulen auch für die deutsche Bergbevölkerung, ja für die deutsche Bevölkerung überhaupt offen stehen sollten. Man hob also die deutsche Schulpflicht auf, aber nicht nur dies, sondern man förderte den Besuch der französischen Schulen noch durch besondere Vergünstigungen, wie kostenlose Lehrmittel, Schulausrüstungen, Schulgeldbefreiungen und ähnliches. Da die Bergbevölkerung etwa zwei Drittel der ganzen Saarbevölkerung ausmacht, liegt in dieser leider nicht ohne Erfolg ins Werk gesetzten französischen Politik der Jugend eine große Gefahr für das Deutschland, das durch die geschickte Regierungspolitik in jeder Weise wirtschaftlich und kulturell, in der Betätigung deutscher Gesinnung zurückgedrängt wird, während jedes Verhalten, jede Äußerung, die zu Frankreich hinneigt, begünstigt und propagandistisch ausgenutzt wird. Diesen Verwaltungsbestrebungen der Franzosen kann das ohnmächtige Deutschland nur eins entgegenzusetzen: Die unentwegte Treue seiner Saarbevölkerung. Alle Partei-, Klassen- und Religionsunterschiede sind dort vor dem die Heimat knechtenden gemeinsamen französischen Feinde verschwunden. Wie die Saarbrüder ehemals unter der französischen Besetzung 1798 und 1815 ihre Wiedervereinigung mit Preußen laut gefordert haben, so haben sie auch 1918 gegen ihre zeitweilige Loslösung aus der preussischen Verwaltung bei Wilson protestiert, und die späteren Vorgänge, die gewaltigen Ovationen, die der Grenzkommission unter Oberst v. Kynander 1920 von der ganzen Saarbevölkerung dargebracht wurden, eine Reihe großer, ihr Deutschland zum Ausdruck bringender Massenversammlungen, die in dem Beamtenstreik zutage getretene vaterländische Gesinnung, die nur durch die französischen Bajonette niedergezwungen werden konnte, vor allem die

Wahlen zum Landesrat 1921 und 1924 mit ihrem Ergebnis, daß kein Französling gewählt wurde, lassen keinen Zweifel daran, daß die Saarbevölkerung, komme was kommen mag, deutsch bleiben wird. Ihr Kampf gilt aber nicht bloß ihrer engeren Heimat, sie steht vielmehr auf Vorposten bei dem Kampf um den Rhein. Sollte unser Rhein 1935 noch nicht wieder frei sein, so wird die sich für Deutschland ausprechende Abstimmung im Saargebiet zugleich ein wesentlich entscheidender Faktor für das Schicksal des Rheins sein. Denn die Stimme der Saar ist die Stimme des Rheins und ein deutsches Saargebiet kann nicht neben einem französischen Rheinland liegen. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen, für die der Vorsitzende des hiesigen Saarvereins, Herr C. Schiffsbauer, mit zu Herzen gehenden Worten dankte und zur Mitarbeit für die Saarsache aufrief.

§ Der Saarverein Ortsgruppe Darmstadt veranstaltete am 21. Juli im Fürstensaale zu Darmstadt einen Vortragsabend, zu dem er den ersten Bundesvorsitzenden, Herrn Oberlandesgerichtsrat Andres, als Redner gewonnen hatte. Das Thema lautete, ganz allgemein, die Saargebietsfrage. Herr Oberlandesgerichtsrat Andres gab einen klaren Überblick über die staatsrechtliche Lage des Saargebietes, wie sie durch den Versailler Vertrag geschaffen wurde, und erwähnte dabei die Lüge von den 150 000 Saarfranzosen, die es angeblich im Saargebiet geben soll und die wesentlich dazu beigetragen hat, die jetzigen Verhältnisse zu schaffen. Das Hauptaugenmerk wandte er der Verwaltung des Völkerbundes zu, dem das Saargebiet ja zu treuen Händen anvertraut ist, und dessen Regierung im Saargebiet sich einen Übergriff nach dem anderen zuschulden kommen läßt. Klar herausgearbeitet wurden die Verstöße gegen den Friedensvertrag in der Frage der Aenderungen bestehender Gesetze, in der Frage der Anwesenheit der französischen Truppen, in der Währungsfrage, in der Schulpolitik. Der Völkerbund tritt Frankreich gegenüber nicht mit der nötigen Schärfe auf, sonst könnten derartige Vertragsverletzungen gar nicht vorkommen. Demgegenüber zeigt die Saarbevölkerung den klaren Willen, unentwegt am deutschen Vaterland, komme was kommen möge, festzuhalten und immer wieder diesem Willen machtvoll Ausdruck zu geben. Unsere Aufgabe muß es sein, den Brüdern im Saargebiet die Treue zu halten, die sie uns halten, und vor allen Dingen immer wieder darauf zu bringen, daß uns die wenigen Reste von Rechten, die uns der Vertrag von Versailles gelassen hat, ungeschmälert zuteil werden. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine klaren, übersichtlichen und von heißer Liebe zur Heimat getragenen Ausführungen. Es ist wirklich nur zu bedauern, daß nicht noch mehr Deutsche Interesse für ihre Volksgenossen in der Fremde haben. Wir haben gesehen, daß die Aufgabe der Aufklärung der deutschen Volksgenossen unsere vornehmste und dankbarste Aufgabe ist, und bitten alle, die mit uns für die Erhaltung des Saargebietes beim Deutschen Reich eintreten wollen, dem Saarverein beizutreten und uns und der Heimat zu helfen. Anmeldungen nimmt entgegen der erste Vorsitzende der Ortsgruppe Darmstadt, Herr Waldemar Lather, Darmstadt, Luisenstraße 30, entweder schriftlich oder mündlich in der nächsten Monatsversammlung, Fürstensaal, am Mittwoch, dem 6. August.

Der Gründer der Ortsgruppe Barsinghausen im Bunde Saar-Verein, 1. Vorsitzender Bergobersekretär Behne, ist am 5. August nach langer Krankheit gestorben. Er wurde 1912 in Bonn der Heide als Schlichtmeister angestellt, stellte sich nach Übernahme der Saargruben 10. 11. 20. der preussischen Regierung zur Verfügung und kam dann nach seiner Heimat am Deister. Die kurze Zeit im Saargebiet, die gute Aufnahme in Kollegen- und Bürgerkreisen, die Schönheiten des deutschen Saarlandes und besonders von der Heide machten es ihm zur Pflicht, überall für die bedrohte Westseite einzutreten. Um das zu erreichen, erblühte er sein Hauptziel in der Gründung des Saar-Vereins in seiner neuen Heimat. Hier arbeitete er treu bis zum letzten Atemzuge an der Vertretung der deutschen Saargebietsbelange. Gerade dieser unermüdbare Kämpfer für die deutsche Saargebietshome erbrachte den Beweis, wie notwendig und aber auch wie erfolgreich eine rastlose und zielbewusste Arbeit in den Ortsgruppen sein kann, und mit seinem Tode verlieren wir einen treuen Mitarbeiter. In seinem Geburtsort Groß-Golttern hat er seine letzte Ruhestätte gefunden. Sein Andenken wird uns stets teuer sein. Er ruhe in Frieden.

Briefkasten.

Von No. . . .	10.—
No. . . .	10.—
Tr. . . .	10.—
Re. . . .	20.—
Pa. . . .	10.—
Gr. . . .	10.—
Sch. . . .	10.—
Re. . . .	75.— mit bestem Dank erhalten.

Die illustrierte Monatschrift

Elßaß-Lothringen — Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elßässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst

(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elßaß-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wissenschaft

★

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein aus-
drucksvolles Angelegen für ist, mit welcher Fähigkeit und unbeug-
samen Lebenskraft die Elßässer und Deutsch-Lothringer unter allem
Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen...“ — „Germania“,
Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden
darf, in der richtigen Weise angepackt...“ — „Unabhängige
Nationalkorrespondenz“: „... Politisch und kulturpolitisch Inter-
essierten sei die Lektüre dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen.
Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut...“ — „Preussische
Jahrbücher“: „... Die Monatschrift vertritt die Stammes-
interessen dieses ferndeutschen Landes in zäher Verteidigung und
gewandtem Angriff...“ — „Schweizerische Monatshefte für Politik
und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute
elßassische Geistesart zum Vort kommen zu lassen...“ —
„Schwäbische Volkspresse“ (Temesvár, Rumänien): „... muster-
gültig geleitete Hefte... Sowohl die politischen Aufsätze wie
das übrige der Hefte ausgezeichnet.“

★

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken, übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postkassentonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7, Nr. 109799.

Tapezier- u. Dekorationsgeschäft

Neuanfertigung von Dekorationen und Polstermöbeln

Richard Haase

Berlin SO. 36, Danziger Platz 10
Gebürtiger Saarbrücker

Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle
„Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatsschrift

„Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der treueste und zuverlässigste Be-
richterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste
Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen
und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes
„Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus
dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet.

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von
ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer
oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet
selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhält-
nisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung heraus kennen
und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch
in engster Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“
nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt
monatlich 50 Gpf.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräber Straße 94.

Die Wochenschrift für das Selbstbestimmungsrecht der
Deutschen an Rhein, Saar und Ruhr

„Rheinischer Beobachter“

mit illustrierter Heimatbeilage

„Der schöne Rhein“

unterrichtet regelmäßig über die
Vorgänge in den besetzten Gebieten

Monatsbezug 30 Goldpfennig

Probenummern vom Verlag EDMUND STBIN, Potsdam
oder von der Werbezentrale des „Rheinischen Beobachters“
Berlin W 9, Bellevuestraße 6a

Geschichte des Saargebiets

von Prof. Dr. h. c. Ruppertsberg

★

Das mit großer Spannung erwartete
Werk über die Geschichte unserer
engeren Heimat ist soeben erschienen

600 Seiten stark
mit einer Kunstbeilage, einer
geschichtlichen Karte, sowie
144 Abbildungen

Wer Interesse und Liebe zum
deutschen Saargebiet hat, darf
das interessante Werk nicht
unbeachtet lassen

In Ganzleinen gebunden
mit Goldtitel-Prägung
Preis 15 Gm.

★

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
oder direkt durch den Verlag

**Saarbrücker
Druckerei und Verlag
A. G.**

Saarbrücken
Rathausplatz 5 Fürstenstr. 5/7
Verlag der „Saarbrücker Landes-Zeitung“